

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Neoliberaler Feldzug auf Gewerkschaftsrechte im Schatten der Krise
W. Greif & S. Breiteneder

Mit den Tabus der Linken brechen
Slavoj Žižek

Aushöhlung von Rechten für Flüchtlinge
Leila Hadj-Abdou

»Dem Terror nicht beugen« – das Nittel-Attentat
Thomas Riegler

Alles neu!
100 Jahre
Frankfurter
Schule
Museum für
angewandte
Kunst



EDITORIAL

Der erste Teil des Präsidentschaftswahlkampfes hat deutlich gemacht, wie wichtig die richtige Besetzung des Präsidentenamtes aus demokratiepolitischer Sicht ist und wie gefährlich die in der Verfassungsnovelle von 1929 übertragenen Kompetenzen sein können. Jede Woche wurde da im Wahlkampf die Regierung entlassen und das Parlament aufgelöst, wurden RichterInnen nicht ernannt, wenn sie Kopftuch tragen oder sonst nicht gefallen. Irmgard Griss positionierte sich gleich doppelt als geschichtsbewussteste aller KandidatInnen: Was sie 1938 gemacht hätte, konnte sie ebenso wenig sagen wie sie noch wusste, ob sie 1986 Kurt Waldheim gewählt hat (ein schönes Sinnbild für die in der Affäre Waldheim kulminierte Vergessenskultur Österreichs). Angesichts einer Regierungsmehrheit, die sie nicht an geloben wolle, weil sie gegen fundamentale Prinzipien verstoße, würde sie zurücktreten, um das »Volk wachzurütteln«. Man sollte meinen, die Verfassungsgeschichte der Ersten Republik hielte andere Lehren bereit. Im Selbstverständnis des Amtes hat Rudolf Hundstorfer zweifellos die größte Kontinuität mit der zurückhaltenden und wohl auch dadurch hoch anerkannten Amtsführung des amtierenden Bundespräsidenten gezeigt. Inwiefern das reicht, um die ungünstige Ausgangsposition der Regierungsparteien zu überstrahlen ist zu Redaktionsschluss nicht klar. Es macht aber deutlich, dass bis zum letzten Tag dafür wahlgekämpft werden muss, um das Präsidentenamt nicht jenen zu überlassen, deren offen erklärtes Ziel es ist, die formale Macht in der Hofburg real zu nutzen, um die politischen Verhältnisse in Österreich umzustößen.

In dieser Ausgabe bieten **Wolfgang Greif und Sandra Breiteneder** einleitend einen europäischen Überblick über den **Abbau gewerkschaftlicher Rechte** im Zuge der Krisenpolitik.

In der aktuellen Debatte zur österreichischen und europäischen **Flüchtlingspolitik** bietet ein Text von **Slavoj Žižek** die Möglichkeit eines Perspektivenwechsels: Nicht liberale Moral, sondern ein die ImmigrantInnen inkludierender klas-

senkämpferischer Ansatz sollte für die Linke der Maßstab der Debatte sein.

Leila Hadj-Abdou nimmt das **Flüchtlingsabkommen** zwischen der **EU** und der **Türkei** kritisch unter die Lupe.

Und **Sepp Wall-Strasser** setzt sich in der Besprechung des Buchs des verfolgten kongolesischen politischen Aktivistin Emmanuel Mbolela mit dem Thema **Flucht aus der Sicht eines Betroffenen** auseinander.

Ein Jahr vor den **französischen Präsidentschaftswahlen** scheint eine Wiederwahl von Präsident Hollande aussichtslos und ist Frankreichs Linke ratlos hinsichtlich ihrer Strategie. **Ludwig Dvořák** analysiert die aktuelle Situation und warum eine von Wirtschaftsminister Macron neu gegründete Zentrumsparterie Ausdruck dieser Ratlosigkeit auf der Linken ist.

Thomas Riegler stellt in seinem Beitrag angesichts des 35. Jahrestages der **Ermordung** des Wiener SPÖ-Stadtrats **Heinz Nittel** am 1. Mai 1981 den Verlauf der Ereignisse und ihren politischen Kontext in Österreichs Rolle im Nahostkonflikt dar.

Heinz Kienzl nimmt aus der Perspektive eines Zeitzeugens Bezug auf das Interview mit Georg Tidl zur Affäre Waldheim in ZUKUNFT 02/2016.

Nach den **Buchtipps** argumentiert **Markus Marterbauer**, warum Matteo Renzis Vorschläge für eine Abkehr von der europäischen Austeritätspolitik dringend Gehör finden sollten.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Broschuerentitel, 1931
Sammlung Christos Nikolas Vittoratos
© Sammlung Christos Nikolas Vittoratos

- 6 **Neoliberaler Feldzug auf Gewerkschaftsrechte im Schatten der Krise**
VON WOLFGANG GREIF & SANDRA BREITENEDER
- 14 **Mit den Tabus der Linken brechen**
VON SLAVOJ ŽIŽEK
- 22 **Aushöhlung von Rechten für Flüchtlinge**
VON LEILA HADJ-ABDOU
- 28 **Zwischen Widerstand, Flucht und Exil**
VON SEPP WALL-STRASSER
- 34 **Kein Gott, kein Kaiser, kein Macron**
VON LUDWIG DVOŘÁK
- 38 **»Dem Terror nicht beugen« – das Nittel-Attentat**
VON THOMAS RIEGLER
- 44 **Von der Tragödie zur Farce**
VON HEINZ KIENZL
- 48 **Buchtipp**
Sachliches & Belletristisches
- 50 **Unterstützt Matteo Renzis EU-Vorschläge!**
SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

Neoliberaler Feldzug auf Gewerkschaftsrechte im Schatten der Krise

Seit Beginn der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gehen Regierungen in immer mehr Ländern Europas daran, im Zuge vermeintlicher »Krisenlösungspolitiken« Gewerkschaftsrechte empfindlich einzuschränken. Diese Angriffe gestalten sich vielschichtig, je nachdem, wo sich gerade Möglichkeiten auftun. Sie folgen zwar keinem einheitlichen Muster, sind jedoch unverkennbar von einschlägigen europäischen Politikempfehlungen flankiert. Gewerkschaften und deren Gestaltungsmöglichkeiten geraten so immer mehr ins Abseits. Damit stehen Kernelemente des demokratischen Grundgerüsts in Europa zur Disposition, wenn nicht bald die Stopptaste gedrückt wird, argumentieren Wolfgang Greif und Sandra Breiteneder.

In der EU wurde 2011 im Rahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung das Europäische Semester eingeführt und dabei v. a. die Einhaltung strikter Stabilitätskriterien (neuerdings die des Fiskalpaktes) eingemahnt. Dabei werden nationale Wirtschafts- und Haushaltsdaten von der EU-Kommission überprüft und länderspezifische Empfehlungen sowie konkrete Reformvorschläge ausgesprochen, die zu meist auf neoliberale Strukturreformen hinauslaufen. In den letzten Jahren wurden dabei stets auch die Dezentralisierung der Lohn- und Gehaltsfindung sowie eine Senkung der Mindestlöhne gefordert. Bislang noch in Form nicht bindender Vorgaben. In großen Teilen der EU-Eliten wird das bereits seit Jahren als Mangel gesehen, den es zu beseitigen gilt. In diese Richtung weisen auch einschlägige Vorschläge zur Etablierung »nationaler Wettbewerbsfähigkeitsräte« im 2015 präsentierten 5-Präsidenten-Bericht zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion.

ABBAU VON GEWERKSCHAFTSRECHTEN VERSTECKTER FIXPUNKT EUROPÄISCHER POLITIKEMPFEHLUNGEN:

In welche Richtung der Mainstream dieser Politikempfehlungen in Bezug auf Lohnfindungssysteme geht, zeigte sich bereits 2012 in Veröffentlichungen der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, in welchen ein »beschäftigungsförderndes« Bündel an Maßnahmen empfohlen wird, das u. a. auch mit folgenden »tarifpolitischen Giftzähnen« bestückt waren:

- Senkung gesetzlicher und kollektivvertraglich festgelegter Mindestlöhne

- Reduzierung der Kollektivvertragsbindung
- Einschränkung der Allgemeinverbindlichkeit von Kollektivverträgen
- Dezentralisierung der Verhandlungsebenen bei der Lohnfindung
- Abschaffung automatischer Lohnindexierungen
- Schwächung der Regelungen zur Günstigkeit übergeordneter Vertragsebenen
- Erweiterung der Möglichkeit zur betrieblichen Abweichung von Flächenkollektivverträgen
- Reduzierung rechtlicher Unterstützung gewerkschaftlicher Lohnsetzungsmacht

In Summe zielen diese Empfehlungen der EU-Kommission auf eine radikale Dezentralisierung der Lohn- und Gehaltsfindung, die ohne substantielle Schwächung gewerkschaftlicher Macht nicht gelingen kann. Kaum verwunderlich, dass in den folgenden Jahren immer mehr Regierungen, die in ihrer vermeintlichen Konkurrenz als Wettbewerbsstaaten die Senkung des nationalen Lohnniveaus anstrebten, über Europa verteilt – in durchaus unterschiedlicher nationaler Umsetzung – Anleihen an dieser »Menüliste« zum Raubbau gewerkschaftlicher Gestaltungsmacht genommen haben.

SÜDEUROPA: DEZENTRALISIERUNG DER LOHN- FINDUNG DURCH TROIKA/EZB

Für die Auszahlung von Finanzmitteln mussten Griechenland und Portugal in den mit der Troika abgeschlossenen »Memoranda of Understanding« auch weitreichende Reformen der Tarifsysteme fixieren. Auch Spanien und Portugal mussten für

Maßnahmen	Länder
Vereinfachung der Möglichkeiten, durch Unternehmensverträge von sektoralen KVs od. gesetzlichen Bestimmungen abzuweichen	Griechenland, Italien, Portugal, Spanien
Allgemeiner Vorrang für Unternehmenskollektivverträge	Griechenland, Spanien
Abschaffung des Günstigkeitsprinzips	Griechenland, Portugal
Strengere Kriterien zur Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von KVs	Griechenland, Spanien
Einschränkung der Nachwirkung abgelaufener Kollektivverträge	Griechenland, Portugal, Spanien
Möglichkeiten zum Abschluss von Unternehmens-KVs durch gewerkschaftlich nicht-organisierte Gruppen von ArbeitnehmerInnen	Griechenland, Portugal, Spanien

Quelle: Schulten und Müller (2013)

Finanzhilfen an die Banken vertragliche Verpflichtungen inklusive Eingriffen in die Lohnfindung eingehen. Für Italien gab es informelle Formen der Einflussnahme. So knüpfte die EZB den Ankauf von Staatsanleihen an Reformen, die auch die Dezentralisierung der Lohnfindung vorsahen.

Im Wesentlichen fokussiert das Troika-Regime hinsichtlich der Tarifsysteme auf dreierlei: 1. Vorrang von Unternehmensverträgen vor sektoralen Verhandlungen, was der Aushebelung von Branchenverträgen Vorschub leistet (u. a. durch Abschaffung von Günstigkeitsregelungen); 2. Abbau der rechtlichen Stützung zur Robustheit von Kollektivverträgen (wie Allgemeinverbindlichkeit und Nachwirkungen); 3. Legitimierung gewerkschaftlich nichtorganisierter Gruppen/Personen zum Abschluss von Vereinbarungen auf Unternehmensebene. (Siehe Tabelle oben)

Für die traditionell streikfreudigen Gewerkschaften im Süden Europas brachte dieser »tarifpolitische Krisenmodus« insgesamt tiefe Einschnitte in ihren Handlungsspielraum. Historisch hatten sich hier starke sektorale Kollektivvertragssysteme etabliert, die zu einer Abdeckung von bis zu 80–90% führten. Zwar blieb in den Troika-Ländern das Recht auf Kollektivvertragsverhandlungen formell erhalten, deren Wirkung wurde durch gesetzliche Regelungen jedoch weitreichend unterlaufen. Innerhalb von nur fünf Jahren erlebten wir eine radikale tarifpolitische Dezentralisierung, manche Kommen-

tatorInnen sprechen geradezu von einer De-Kollektivierung der Lohnpolitik.

Die Aushebelung bestehender Kollektivvertragsrechte ist nicht singulär zu betrachten. Im Paket der Troika kam es auch zu massiven arbeitsrechtlichen Verschlechterungen sowie Angriffen auf soziale Ansprüche (Arbeitslosigkeit, Pensionen, Krankenversicherungen usw.) und (wie insb. in Spanien) auch zu Angriffen auf bürgerliche Freiheiten wie das Streik- und Demonstrationsrecht, was sich wiederum v. a. auch auf Gewerkschaften auswirkt, indem Streikende mit Gefängnisstrafen bedroht wurden. (Siehe Tabelle unten)

DAS BALTIKUM: »KRISENBEWÄLTIGUNG« DURCH RADIKALEN AUSTERITÄTSKURS

Die baltischen Länder Litauen, Lettland und Estland wurden schon 2008–2009 hart von der Krise getroffen. Der bereits geringe Organisationsgrad der Gewerkschaften, die bestehende fragile tarifpolitische Basis und die folglich traditionell schwache tarifpolitische Abdeckung machten weitere rechtliche Einschränkungen kaum mehr notwendig. Umso rascher gelang es im Zuge scharfer Austeritätsmaßnahmen empfindliche Lohnkürzungen und Einschnitte in die Sozialsysteme durchzusetzen, auch über gesetzliche Eingriffe zur Flexibilisierung der Arbeitszeit, wie auch zur Erleichterungen bei Entlassungen. Massiver Jobabbau (v. a. in der Industrie) führte zu weiterer Schwächung gewerkschaftlicher Organisationsmacht, was

z.B. Neuabschlüsse in GR	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Sektorale Vereinbarungen	202	103	91	55	31	14
Unternehmensvereinbarungen	462	347	352	241	978 *)	408

Quelle: Schulten und Müller (2013)

den Widerstand gegen den austeritätsgetriebenen Sozialabbau nachhaltig zum Erliegen brachte.

FORTGESETZTER TARIFPOLITISCHER KAHLSCHLAG

Auch in Rumänien führte die Krisenpolitik der Regierung (ganz ohne Troika-Regime) zu einem nahezu vollkommenen Zusammenbruch des bestehenden Lohnfindungssystems. 2011 wurde der sogenannte »Soziale-Dialog-Akt« erlassen, der den nationalen Kollektivvertrag als fixen Bezugspunkt für sektorale Abkommen abschaffte und alle gültigen Branchenverträge binnen Jahresfrist auslaufen ließ. Neue Tarifverträge mussten in völlig neu zusammengesetzten Industriebranchen verhandelt werden, wobei die Reichweite der Verträge massiv eingeschränkt wurde, da sie nur mehr für jene Unternehmen gelten sollen, die der unterzeichnenden Unternehmensvereinigung angehören. Branchenverträge sind in der Folge dann auch massiv zurückgegangen. Während vor der Krise in 20 von 32 Branchen Kollektivverträge existierten, gibt es diese inzwischen nur noch in zwei.

Dem nicht genug: Auch die Kriterien zur gewerkschaftlichen Vertretung im Unternehmen wurden verschärft. Um Verhandlungen führen zu können, muss eine Gewerkschaft mindestens 50% der Beschäftigten vertreten. Versuche der 2012 in Rumänien gewählten Mitte-Links-Regierung, den »Sozialen-Dialog-Akt« wieder zu entschärfen, scheiterten am Druck von EU-Kommission und IWF.

Auch in der Slowakei kam es im Zuge neoliberaler Krisenbereinigung im Jahr 2011 nach Wahl einer rechts-konservativen Regierung zum Angriff auf wesentliche Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Politik: Um als Gewerkschaft im Betrieb das Verhandlungsmandat für alle Beschäftigten zu haben, mussten die Betriebsgewerkschaften dem Dienstgeber eine gewerkschaftliche Organisation von 30% ausweisen. Dazu erhielten auch Betriebsräte die Kompetenz, Vereinbarungen über Arbeitsbedingungen und Entlohnung abschließen zu dürfen. Obgleich diese Verschlechterungen nach den nächsten Wahlen von der den Gewerkschaften nahestehenden SMER-Regierung unter Robert Fico größtenteils wieder rückgängig gemacht wurden, sollte dies ihren Teil zum nachhaltigen Rückgang der betrieblichen Gewerkschaftsvertretung im Land beitragen. Es ist kaum davon auszugehen, dass es unter der sich aktuell abzeichnenden Koalition mit liberalen und nationalen Kräften zu einer substantiellen rechtlichen Verbesserung kommen wird.

Auch in Ungarn wurde der soziale Dialog in der bisherigen Form abgeschafft: Stattdessen wurde ein Wirtschafts- und Sozialrat geschaffen, in dem zahlreiche weitere Akteure wie Unternehmerkammern, Kirchen und NGOs teilnehmen und es keine Verhandlungspflicht gibt. Die Gewerkschaften werden weitgehend aus Verhandlungen ausgeschlossen, das Streikrecht massiv eingeschränkt und Streikende kriminalisiert. Ebenso wurden Arbeitsverhältnisse liberalisiert und flexibilisiert und massive Einschnitte in die Sozialgesetzgebung durchgeführt. Auch andere Länder Mittel- und Osteuropas nehmen sich von diesem Trend nicht aus: Kroatien (Einschränkungen bei Geltung von Kollektivverträgen und Streikrechten), Polen (Beschränkung bei Gewerkschaftsfreiheit und Streikrecht), Tschechische Republik (Einschränkungen bei Aufsichtsratsmitbestimmung).

WESTEUROPA: ANGRIFFE AUF GEWERK- SCHAFTSRECHTE »AUS DEM HINTERHALT«

In Großbritannien sind die Gewerkschaften aktuell mit den härtesten Angriffen seit der Thatcher-Regierung konfrontiert. Mit der sogenannten Trade-Union-Bill soll das Streikrecht weiter massiv beschränkt und die Gewerkschaften geschwächt werden. Obwohl die Zahl der Streiktage in Großbritannien auf ein historisch niedriges Maß zurückgegangen ist, sollen das Quorum für Urabstimmungen angehoben, Streikposten polizeilich genannt und der »Schutz von StreikbrecherInnen« ausgebaut werden. Dazu passt die Legalisierung, LeiharbeiterInnen als StreikbrecherInnen einzusetzen. Offensichtlich will die nun wieder alleine regierende Tory-Administration den Gewerkschaften dort, wo sie noch Organisationsstärke besitzen, einen schwer zu verdauenden Tiefschlag versetzen. Unschwer auszurechnen, mit welchem weiteren Abbau sozialer Rechte vor diesem Hintergrund im ohnehin arbeitsrechtlich flexibilisierten Großbritannien in Zukunft zu rechnen ist.

In Belgien plant die 2014 neu gewählte rechtsnational-liberale Regierung, die Streikbewegung gegen die unsoziale Kürzungspolitik durch Eingriffe in das bislang robuste Tarif- und Streikrecht zu brechen. So sollen bislang geübte Aktionsformen (etwa auch Straßenblockaden) verunmöglicht und wesentliche Grundlagen der Kollektivvertragspolitik, v.a. die automatische Inflationsanpassung der Löhne (als essentielle Ausgangslage für die Verhandlungen), ausgesetzt werden. Auch in Finnland stehen schmerzhaft Kürzungen durch die konservative Regierung an. Gewerkschaften kämpfen zeitgleich an mehreren Fronten um ihr Recht, weiterhin Akteur bei der kollektiven Aushandlung der Arbeitsbedingungen

zu sein. Bisherige vertraglich ausgehandelte Leistungen wie etwa Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Wochenendarbeit sowie Krankengeld sollen künftig per Gesetz gekürzt werden. Ebenso sollen zwei Feiertage abgeschafft werden und die Arbeitszeit nicht mehr Teil der Verhandlungen sein – ein fundamentaler Angriff auf die bewährte Autonomie der Sozialpartner.

DIESE TREIBJAGD AUF DIE MACHT DER GEWERKSCHAFTEN MUSS GESTOPPT WERDEN


Flankiert durch Politikempfehlungen der EU-Kommission werden Änderungen der Arbeitsbeziehungen angestrengt, die darauf gerichtet sind, die Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften empfindlich einzuschränken. Gewerkschaften werden in ihrer Struktur und ihrer institutionellen Basis angegriffen. Das spiegelt sich v.a. auch in der dramatisch gesunkenen tariflichen Abdeckung der Beschäftigten seit 2008. Der Abbau von Gewerkschaftsrechten steht nie alleine, er geht meist mit dem Abbau von Arbeitsrechten, sozialen Ansprüchen und bürgerlichen Freiheiten einher. Offensichtlich verträgt sich die radikale Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung, die mit der neoliberalen Rosskur in vielen Teilen Europas einhergeht, nicht mit den Rechten der Beschäftigten, die die Gewerkschaften bislang errungen haben. Die neoliberale Ideologie hat sich jedenfalls soweit durchgesetzt, dass Gewerkschaften in weiten Kreisen der herrschenden Eliten als Hemmnis des Aufschwungs und als hinderlich für die Krisenbewältigung gesehen werden. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wird offensichtlich dazu genutzt, all das an Strukturreformen durchzusetzen, was jahrzehntelang von wirtschaftsliberalen Kreisen zwar gewünscht, unter »normalen« Verhältnissen jedoch nicht durchsetzbar war.

Diese Treibjagd auf die Gegenmacht und die Gestaltungskraft der Gewerkschaften muss entschieden gestoppt werden. Nur so kann einer weiteren Erosion sozialstaatlicher Standards in Europa der Riegel vorgeschoben werden. Andernfalls droht der europäische Kontinent in völlig neuem Gewand aus der Krise hervorzugehen, in dem die Koordinaten des gesellschaftlichen Interessenausgleichs wesentlich zu Ungunsten der Beschäftigten verschoben sein werden. Es geht in diesem Sinn für die Gewerkschaften in Europa ganz prinzipiell um den Erhalt und die Entwicklungsperspektiven sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Substanz. Der Europäische Gewerkschaftsbund thematisiert mit seiner neuen Kampagne: »Gewerkschaftsrechte sind Menschenrechte« den Abbau dieser Rechte in ganz Europa. Bisher sind Gewerkschaften in den

einzelnen Ländern den Angriffen allein ausgesetzt gewesen. Es geht nun darum, gemeinsam die Abwehr aufzubauen und für mehr demokratische Rechte zu kämpfen.

AUCH DIE SOZIALDEMOKRATIE BEIM RINGEN UM GEWERKSCHAFTSRECHTE GEFORDERT

Leider macht die fatale Logik der Arbeitsmarktflexibilisierungen und Lohnsenkungen verbunden mit der Einschränkung der kollektiven Gestaltungsmacht der betroffenen ArbeitnehmerInnen auch in mehreren europäischen Ländern nicht vor sozialdemokratischen Regierungen halt. Zuletzt zu beobachten in Italien, wo die letztjährige Arbeitsmarktreform unter Matteo Renzi zu einer empfindlichen Aufweichung des Kündigungsschutzes, wie auch zu Einschränkungen bei Streiks geführt hat.

Auch die aktuelle – von großen Jugend- und Studierendenprotesten begleitete – Arbeitsmarktreform des französischen Präsidenten François Hollande macht mehr als deutlich, dass die Thematisierung der Bedeutung von Gewerkschaftsrechten wie auch der Notwendigkeit ihrer Absicherung auch innerhalb der europäischen Sozialdemokratie zentral ist. Es liegt vor allem auch an der Sozialdemokratie der neoliberalen Krisenpolitik mit alternativen Lösungsvorschlägen entgegenzutreten, die nicht auf Austeritätspolitik und Demokratieabbau aufbauen, was sich europaweit als wesentlicher Nährboden für Nationalismus, Rechtsextremismus und Rassismus erweist. Um diese abzuwehren, braucht es starke Gewerkschaften, die durch ihre volle Handlungsfähigkeit die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen nachhaltig verbessern. Das war stets ein zentraler Fixpunkt sozialdemokratischer Politik. Das darf gerade jetzt in der wohl schwersten wirtschaftlichen, zunehmend jedoch auch politischen Krise des Kontinents seit acht Jahrzehnten nicht ins Abseits geraten. Hier sind Herz und Hirn sozialdemokratischer Politik in ganz Europa gefordert. 

WOLFGANG GREIF

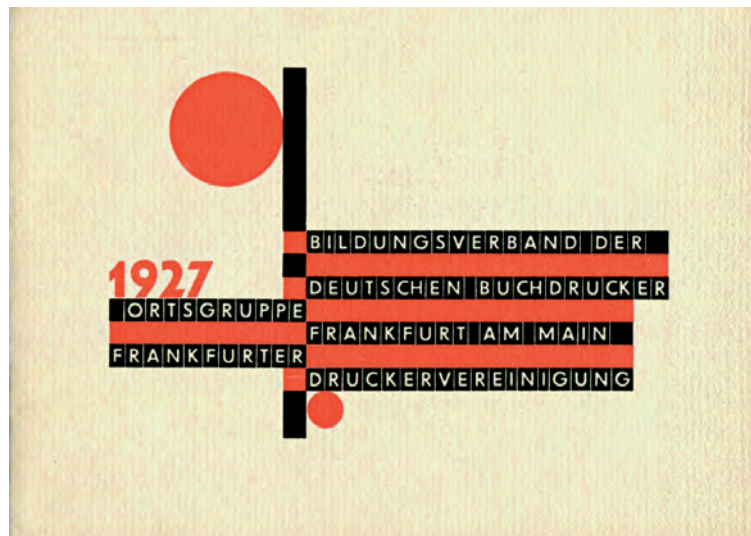
ist Leiter der Abteilung Europa, Konzerne
und Internationales der GPA-djp.

SANDRA BREITENEDER

ist Internationale Sekretärin, Abteilung Europa,
Konzerne und Internationales der GPA-djp.

QUELLEN

Bsirske, F.; Busch, K. et al (Hrsg.) (2016): Gewerkschaftschaften in der Eurokrise. VSA: Hamburg | **Europäische Kommission** (2012): Labour Market Developments in Europe. Brüssel: European Economy, No.5 | **Girndt, R.** (2013): Ungarns Gewerkschaftslandschaft in Bewegung: der Versuch einer Konzentration der Kräfte. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung | **Greif W./Röpke O.** (2014): Herausforderungen & Handlungsoptionen der Gewerkschaften in Europa vor dem Hintergrund der sozialen und politischen Folgen der Krise. Linz: WISO 1/2014, S. 96ff.: <http://www.iswlinz.at/wiso-schwerpunktausgabe-1-2014-debatten-um-ein-solidarisches-europa> | **Hermann Ch., Hinrichs K., Brosig M.** (2012): Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sozialstaaten und Arbeitsbeziehungen – ein europäischer Rundblick. Wien: FORBA-Studie im Auftrag der AK Wien | **Meardi, G.** (2012): Employment relations under external pressure: Italian and Spanish reforms in 2010-2012. Paper presented and the International Labour Process Conference, Stockholm, March 27-29 | **Schömann I./Clauwaert St.** (2012), The crisis and national labour law reforms: a mapping exercise. Brussels: ETUI Working Paper 2012.04 (incl. country reports): <https://www.etui.org/Publications2/Working-Papers/The-crisis-and-nationallabour-law-reforms-a-mapping-exercise> | **Schulten, T./Müller T.** (2014): Entgelte und Tarifpolitik in Zeiten der europäischen Wirtschaftskrise. Düsseldorf/Brüssel: ETUI/IndustriAll Bericht: <http://www.etui.org/Publications2/Reports/Wages-and-collective-bargaining-during-the-European-economic-crisis> | **Wintour, T.** (2015): Biggest crackdown on trade unions for 30 years launched by Conservatives. in »The Guardian«: <http://www.theguardian.com/politics/2015/jul/15/trade-unions-conservative-offensive-decades-strikes-labour>



Neujahrskarte 1927

© Sammlung Albinus, Museum Angewandte Kunst

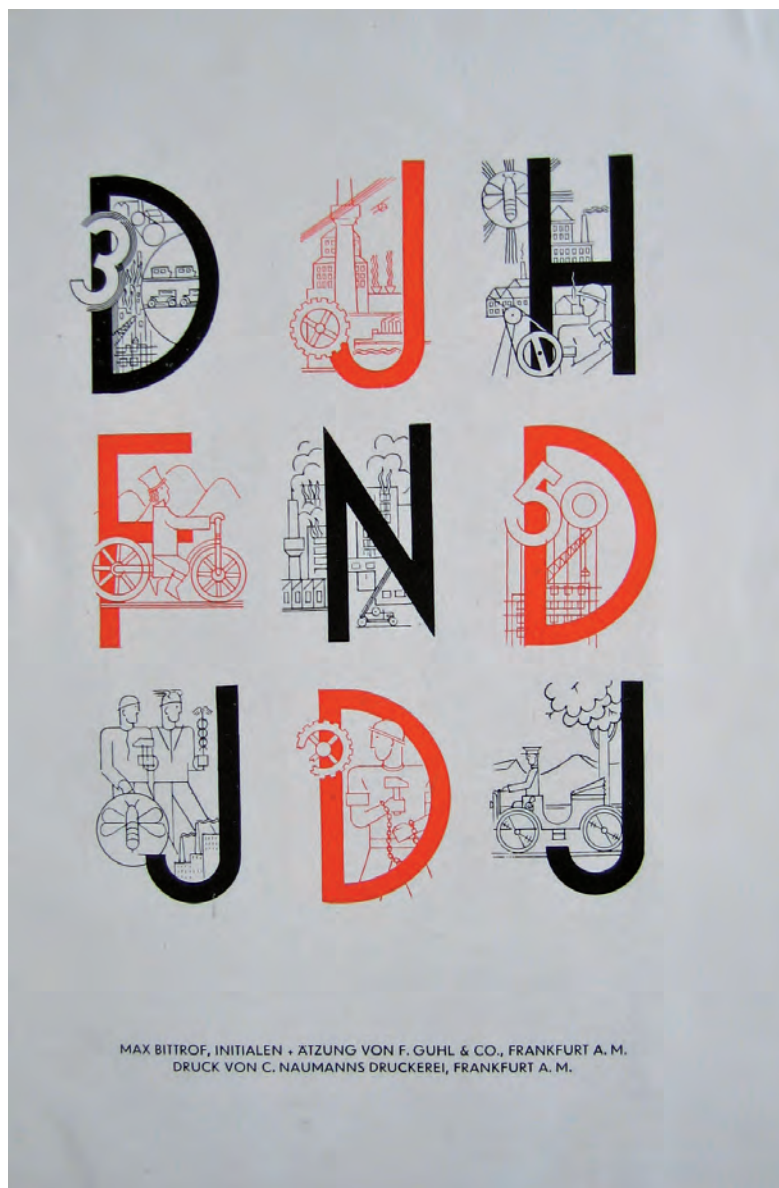
Alles neu! 100 Jahre Frankfurter Schule Museum für angewandte Kunst

Nach dem Ersten Weltkrieg entstand in Frankfurt am Main ein einzigartiges Modernisierungs- und Gestaltungsprojekt, das als »Das Neue Frankfurt« vor allem in die Architekturgeschichte eingegangen ist. Es handelte sich dabei jedoch um ein sehr viel umfangreicheres Vorhaben, das politische, gesellschaftliche und gesamtkulturelle Dimensionen besaß und keinen geringeren Anspruch hatte, als eine neue Stadt und eine neue Gesellschaft zu erschaffen.

Design, vor allem auch Grafikdesign, visuelle Kommunikation und Schriftgestaltung spielten in diesem »Neuen Frankfurt« eine herausragende Rolle. Das Frankfurter Museum Angewandte Kunst nimmt in der Ausstellung »Alles neu! 100 Jahre Neue Typografie und Neue Grafik in Frankfurt am Main« und der begleitenden Publikation erstmalig eine systematische Aufarbeitung dieser Epoche für den Bereich Typografie und Grafikdesign vor.

Die bis 21. August 2016 zu sehende Schau stellt die 1920er Jahre ins Zentrum, spannt den zeitlichen Bogen jedoch weiter über die Nachkriegszeit bis in die 1980er Jahre und ergänzt durch Spotlights auf die lebendige Designszene heute. Damit setzt das Museum seine langfristig angelegte Reihe zum Frankfurter Design fort, die 2013 mit der Überblicksausstellung »Das Frankfurter Zimmer« begonnen und 2014 mit einem Schwerpunkt zum gestalterischen Werk Ferdinand Kramers weitergeführt wurde.

Museum Angewandte Kunst
Schaumainkai 17
60594 Frankfurt
<http://www.museumangewandtekunst.de>



MAX BITTROP, INITIALEN + ATZUNG VON F. GUHL & CO., FRANKFURT A. M.
DRUCK VON C. NAUMANN'S DRUCKEREI, FRANKFURT A. M.

7b-Bittrop-Neue-Typografie-MuseumAngewandteKunst

© Museum Angewandte Kunst

Mit den Tabus der Linken brechen

In einem seiner neuesten Bücher namens »Der neue Klassenkampf. Die wahren Gründe für Flucht und Terror« beschäftigt sich Slavoj Žižek mit der Flüchtlingskrise und dem islamistischen Terrorismus. Žižek spricht sich darin gegen Nächstenliebe und Toleranz als angemessene Strategien zur Bewältigung der Krise in Europa aus und versteht Flucht und Terror vielmehr als Symptome der Dynamik des globalen Kapitalismus und des daraus resultierenden neuen Klassenkampfes, der ganze Weltregionen und Bevölkerungsgruppen von Wohlstand und sozialer Teilhabe ausschließt. Er plädiert gleichermaßen für eine Verteidigung der westlichen Werte wie der Bekämpfung der ökonomischen Gründe von Flucht und Terror. Nachfolgend ein Auszug aus seiner Streitschrift.

Jede Krise birgt die Chance auf einen Neuanfang; jedes Scheitern eines kurzfristigen strategischen Eingriffs oder einer pragmatischen Maßnahme (beispielsweise die finanzielle Umstrukturierung der EU) ist ein Glück im Unglück, eine Chance, die Grundfesten neu zu überdenken. Was wir brauchen, ist eine Rettung durch Wiederholung bzw. *Wieder-Holung*: durch eine kritische Betrachtung der gesamteuropäischen Tradition unter der immer wiederkehrenden Frage »Was ist Europa?« bzw. »Was bedeutet es für uns, Europäer zu sein?«, um schließlich einen Neuanfang formulieren zu können. Eine schwierige Aufgabe, denn sie zwingt uns, ein großes Risiko einzugehen und uns ins Unbekannte vorzuwagen. Doch die einzige Alternative dazu ist der langsame Zerfall, die schleichende Transformation Europas in das, was Griechenland einst für das alte Römische Reich war: ein Reiseziel für nostalgische Kulturtouristen, ohne wirkliche Bedeutung.

Es gibt eine ganze Reihe von Tabus in der Linken, die man hinter sich lassen muss, will man diese Rettung erreichen – allen voran die heillose Dummheit, die sich als tiefe Weisheit maskiert: »Ein Feind ist jemand, dessen Geschichte du noch nicht gehört hast.« Es gibt kein besseres literarisches Beispiel für diese These als Mary Shelleys *Frankenstein*. Shelley tut etwas, das ein konservativer Mensch niemals tun würde: Im zentralen Abschnitt ihres Buches erlaubt sie dem Monster, für sich selbst zu sprechen, die Geschichte aus seiner Perspektive zu erzählen. Dies zeugt auf radikalste Weise von einer liberalen Einstellung zur Redefreiheit: Jede Ansicht soll

gehört werden. In *Frankenstein* ist das Monster kein »Ding«, kein schreckliches Objekt, dem sich niemand zu nähern wagt; es ist vollkommen subjektiviert. Shelley tastet sich bis in sein Innerstes vor und fragt, wie es ist, von der Gesellschaft gebrandmarkt, definiert, unterdrückt, ausgeschlossen, ja sogar physisch deformiert zu werden. Dem größten Verbrecher wird somit gestattet, sich selbst als das größte Opfer zu zeigen. Der monströse Mörder entdeckt sich selbst als ein zutiefst verletztes und verzweifertes Individuum, das sich nach Gesellschaft und Liebe sehnt.¹

Für diese Herangehensweise existiert allerdings eine klare Grenze: Ist man auch bereit zu bejahen, dass Adolf Hitler nur solange ein Feind ist, wie man seine Geschichte nicht gehört hat? Ist es nicht vielmehr so, dass Hitler umso mehr zu meinem Feind wird, je mehr ich über ihn weiß und ihn »verstehen«? Der Schritt vom äußeren Tatbestand hin zur »inneren Bedeutung«, hin zu der Bedeutung gebenden Erzählung, mit der ein Akteur seine Taten interpretiert und rechtfertigt, ist auch ein Schritt hin zu einer trügerischen Maske, die wir uns aufsetzen: Die Erfahrungen, die wir in unserem Inneren über unser Leben sammeln, die Geschichte, die wir uns über uns selbst erzählen, um unsere Taten zu erklären, sind grundsätzlich eine Lüge. Die Wahrheit liegt da draußen; sie liegt nirgendwo sonst als in den Taten selbst.²

Das nächste Tabu, das wir skrupellos ausmustern müssen, ist die Gleichsetzung von jeglicher Bezugnahme auf das europäische emanzipatorische Erbe mit dem kulturellen Imperia-

lismus und Rassismus. Trotz der (partiellen) Verantwortung, die Europa für die Zustände trägt, vor denen die Flüchtlinge fliehen, ist es höchste Zeit, dass wir uns von der Kritik am Eurozentrismus verabschieden, diesem ewigen Mantra der Linken. Francis Fukuyamas Traum von einer globalen liberalen Demokratie ist mit dem 11. September gestoben – diese Lektion müssen wir lernen. Doch triumphiert dafür der Kapitalismus auf der wirtschaftlichen Ebene weltweit; die Dritte-Welt-Länder, die ihm anhängen, sind diejenigen, die ein spektakuläres Wachstum verzeichnen. Die Maske der kulturellen Vielfalt wird aufrecht gehalten durch die faktische Universalität des globalen Kapitals. Und dieser neue globale Kapitalismus funktioniert sogar noch besser, wenn er durch eine Politik ergänzt wird, die auf den sogenannten »asiatischen Werten« fußt.

Für den globalen Kapitalismus ist es kein Problem, sich an die Pluralität örtlicher Religionen, Kulturen und Traditionen anzupassen. Insofern liegt die grausame Ironie des Antieurozentrismus darin, dass, im Namen des Antikolonialismus, der Westen just in dem historischen Moment kritisiert wird, da der globale Kapitalismus die westlichen kulturellen Werte gar nicht mehr braucht, um reibungslos zu funktionieren, denn er fährt auch mit einer autoritären »alternativen Modernität« ganz gut. Kurzum: Wir tendieren dazu, elementare westliche kulturelle Werte ausgerechnet in einer Zeit zu verwerfen, in der viele davon (beispielsweise Egalitarismus, Grundrechte, Sozialstaat) in einer neuen, kritischen Interpretation durchaus als Waffe gegen die kapitalistische Globalisierung dienen könnten. Haben wir denn schon vergessen, dass die gesamte Idee der kommunistischen Emanzipation, wie Marx sie erdachte, eine durch und durch »eurozentrische« ist?

Ein weiteres Tabu, das es zu verwerfen gilt, ist die Vorstellung, der Schutz der eigenen Lebensweise sei an sich protofaschistisch oder rassistisch: Würden wir unsere Lebensweise verteidigen, so machten wir den Weg frei für eine europaweite Welle der Immigrationsfeindlichkeit, wie sie sich etwa in Schweden Bahn brach, wo die Anti-Immigrations-Partei der »Schwedendemokraten« zur stärksten politischen Kraft des Landes aufrückte und erstmals die Sozialdemokraten überholte.

Jedoch kann den Sorgen der einfachen Leute, die um die Bedrohung der eigenen Lebensweise kreisen, auch von einem linksliberalen Standpunkt aus begegnet werden – Bernie Sanders ist ein lebender Beweis dafür! Die wahre Bedrohung

für unsere westliche Lebensweise sind nicht die Immigranten, sondern es ist die Dynamik des globalen Kapitalismus: Allein in den USA haben die jüngsten wirtschaftlichen Veränderungen in kleineren Städten eine größere Zerstörung des Gemeinschaftslebens bewirkt als sämtliche Immigranten zusammen! Die linksliberale Standardreaktion auf solche Entwicklungen ist, natürlich, ein arroganter Moralismus nach dem Motto: In dem Moment, wo wir den »Schutz der eigenen Lebensweise« als Motiv akzeptieren, schwächen wir unsere Position, da wir dann lediglich eine moderatere Version dessen vorschlagen, was die populistischen Einwanderungsgegner in unverhohlener Drastik verfechten. Ist das nicht die Geschichte der vergangenen Jahrzehnte? Die Parteien der Mitte lehnen den offenen Rassismus der immigrationsfeindlichen Populisten ab, beteuern aber zugleich, die »Sorgen der einfachen Leute zu verstehen«, und betreiben eine »vernünftiger« Version derselben Politik.³

Die authentische Antwort der Linken auf diese liberale Moral sollte sein, nicht diesen »Schutz der eigenen Lebensweise« als solchen zurückzuweisen, sondern zu zeigen, dass die Methode, mit der fremdenfeindliche Populisten »unsere« Lebensart verteidigen, ebendiese de facto in viel größerem Maße bedroht als alle Einwanderer zusammen.

Ebenfalls ein linkes Tabu, das es zu verwerfen gilt, ist das Untersagen von jeglicher Kritik am Islam, weil sie als Ausdruck westlicher »Islamophobie« gesehen wird, als ein Spiegelbild der Dämonisierung des Islams durch rechtspopulistische Einwanderungsgegner. Schluss mit der pathologischen Angst vieler westlicher Linksliberaler, sich der Islamophobie schuldig zu machen! Salman Rushdie wurde dafür gebrandmarkt, die Muslime unnötig zu provozieren und damit für die Fatwa, mit der er zum Tode verurteilt wurde, zumindest teilweise selbst verantwortlich zu sein.

Die Folge einer solchen Haltung ist genau die, die man in solchen Fällen erwarten kann: Je mehr die westlichen Linksliberalen ihrer eigenen Schuld nachspüren, desto massiver werden sie von muslimischen Fundamentalisten als Heuchler bezichtigt, die ihren Hass auf den Islam zu verbergen suchen. Diese Konstellation reproduziert exakt das Paradox des Über-Ich: Je mehr man sich dem fügt, was der andere von einem will, desto schuldiger wird man. Ähnlich würde der Druck, den der Islam auf einen ausübt, desto stärker werden, je mehr man den Islam toleriert.⁴ Und man kann sicher sein, dass dies gleichermaßen für den Zustrom von Immigranten gilt: Je grö-

ber die Zahl der Flüchtlinge, die Westeuropa aufnimmt, desto größer wird das eingeflöbte Gefühl der Schuld daran, dass man nicht noch mehr aufnimmt (wobei »mehr« niemals genug sein wird). Und was diejenigen anbelangt, die bereits da sind, gilt: Je größer die Toleranz ist, die wir ihren Lebensweisen entgegenbringen, umso größer wird das uns suggerierte Gefühl der Schuld sein, nicht genug Toleranz zu praktizieren. In den Schulkantinen wird muslimischen Kindern kein Schweinefleisch serviert. Aber was, wenn diese Kinder sich an den anderen Kindern stören, die Schweinefleisch essen? Muslimische Schülerinnen dürfen während des Unterrichts Kopfbedeckung tragen. Aber was, wenn diese Schülerinnen sich an ihren Mitschülerinnen stören, die halbbekleidet in die Schule kommen? Ihre Religion wird von den anderen toleriert, aber nicht respektiert – und so weiter.

Derlei Beispiele gäbe es viele. Der Islam, so die stumme Prämisse dabei, schafft es irgendwie, dem globalen Kapitalismus zu widerstehen; er gilt als das bevorzugte Hindernis gegen dessen unaufhaltsame Expansion; die Konsequenz daraus sei, dass wir aus taktischen Gründen jedwede Vorbehalte, die wir dem Islam gegenüber haben mögen, um der Solidarität willen im bevorstehenden »Großen Kampf« übergehen sollten.

Doch dieser Prämisse müssen wir eine klare Absage erteilen. Kann sich jemand ein Land vorstellen, das stärker in den globalen Kapitalismus eingegliedert ist als Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate? Was islamische Staaten derzeit bestenfalls anbieten können, ist eine Art »alternative Modernität«, eine Vision von Kapitalismus ohne dessen Antagonismen – eine Vision, die eigentlich nur dem Faschismus gleichen kann. Noch ein anderes (und viel subtileres) Tabu, das wir hinter uns lassen müssen, ist die Gleichsetzung von politisierter Religion mit Fanatismus sowie die damit verbundene Darstellung von Islamisten als vormoderne, »irrationale« Fanatiker. Gegenüber solch einem Fanatismus preist man jene, die Religion praktizieren (also an religiösen Ritualen teilnehmen), ohne wirklich gläubig zu sein, sondern nur aus Respekt vor der eigenen Kultur. Interessanterweise sei bemerkt, dass der Islam selbst diese Unterscheidung eingeführt hat und bis heute aufrechterhält. Während die Staatsmacht in liberal-säkularen Gesellschaften die öffentliche Freiheit schützt und dafür auch in die Privatsphäre eingreift (zum Beispiel beim Verdacht auf Kindesmissbrauch), »sind solche Eingriffe in die ›häusliche‹ Sphäre, der Übertritt in ›private‹ Bereiche, im islamischen Recht nicht erlaubt, obwohl die Anpasstheit im ›öffentlichen‹ Verhalten viel strenger sein kann«, so Talal Asad.

»Denn was für die Gemeinschaft zählt, ist die soziale Praxis des muslimischen Subjekts – einschließlich seiner verbalen Bekundungen – und nicht seine inneren Gedanken, wie immer sie aussehen mögen.« Der Koran sagt zwar, »wer will, der glaube, und wer will, der glaube nicht« (Sure 18, 29); »dieses Recht, zu denken, was man will, schließt jedoch nicht das Recht ein, seine religiösen oder moralischen Überzeugungen mit der Absicht öffentlich zu machen, Menschen zu einem falschen Bekenntnis zu bekehren«⁵.

Es ist leicht zu zeigen, dass eine solche nichtgläubige Partizipation an einem religiösen Konstrukt ebenso brutal sein kann wie ein »offener« religiöser Fanatismus. An einem Wochenende im Juni 2015 gab es einen interessanten Vorfall in New York: Während Schwule und Lesben die Legalisierung der Homo-Ehe in mehreren US-Bundesstaaten öffentlich feierten, hatten einige ihrer Gegner Gegendemonstranten organisiert. Darunter waren unter anderem orthodoxe Juden vom »Jewish Political Action Committee«, die mexikanische Tagelöhner anheuerten, damit sie als Juden verkleidet und in jüdischer Gebetskleidung Protestschilder in die Höhe hielten mit Aufschriften wie »Das Judentum verbietet Homosexualität« oder »Gott schuf Adam und Eva und NICHT Adam und Steve«. Heshie Freed, ein Sprecher der Gruppe, rechtfertigte dies damit, dass die Mexikaner für jüdische Schüler eingesprungen seien, denn »der Rabbi wollte nicht, dass die Jungs dafür ausrückten – aus Furcht vor dem Anblick«⁶. Wie ein arabischer Kritiker kommentierte, waren die jüdischen Jungs wahrscheinlich »mittenmang dabei mit ihren schwulen Schwänzen«⁷. Dies war ein wunderbares neues, unerwartetes Beispiel von Interpassivität: Ich heuere andere an, um für mich zu protestieren, während ich an genau dem Ereignis teilnehme, gegen das ich mittels anderer Leute protestiere – eine hübsche Illustration, wie selbst ein Nichtgläubiger die praktischen Folgen des Glaubens genießen kann.

Es ist also durchaus möglich, nicht an Gott zu glauben, zugleich aber beispielsweise daran zu glauben, dass Gott dem eigenen Volk das Land gegeben hat, das es beansprucht – wie folgende Nachricht zeigt: »In einer Rede forderte die stellvertretende israelische Außenministerin Tzipi Hotovely die Mitarbeiter des israelischen Außenministeriums auf, sich in ihren öffentlichen Äußerungen unverhohlen zum jüdischen Recht auf das ganze Land Israel zu bekennen, denn Gott habe den Juden das Land auf ewig gegeben. Hotovely zitierte den Rabbiner Raschi, einen jüdischen Gelehrten des Mittelalters, der die Schöpfungsgeschichte auslegte und schrieb: ›Die Stär-

ke Seiner Taten berichtete Er Seinem Volke, um ihm den Besitz der Nationen zu geben« [Tehillim/ Psalmen 111:6]. Wenn die Nationen der Welt Israel sagen: »Ihr seid Räuber, weil ihr das Land der sieben Nationen, die Kanaan besiedelt hatten, erobert habt«, so wird Israel entgegen, »dass die ganze Welt Gott gehört. Er schuf sie und Er gab sie demjenigen, der ihm passte. Nach Seinem Gutdünken gab er ihnen das Land, und nach Seinem Gutdünken nahm er es ihnen wieder weg und gab es uns.« Nach Hotovely sollte Israel auch heute genau diese Politik verfolgen, denn »es ist an der Zeit, der Welt zu sagen, dass wir im Recht sind – und gescheit«⁸.

Wenn solch ein direkter Legitimierungsversuch des eigenen Rechtsanspruchs auf Land durch die Berufung auf Gott kein religiöser Fundamentalismus ist, muss man sich fragen, ob dieser Begriff überhaupt noch irgendeine Bedeutung hat. Wohl aber sollte man hier den offenen zynischen Twist beachten, der im abschließenden Prädikat steckt: »... dass wir im Recht sind – und gescheit«. Wir sind im Recht, wenn wir behaupten, dass Gott uns dieses Land gegeben hat, und wir sind »gescheit«, wenn wir diese religiöse Rechtfertigung verwenden, obgleich wir wissen, dass sie Unsinn ist.

Doch selbst wenn wir die Behauptung, dass das Land Israel dem jüdischen Volk von Gott gegeben wurde, ernst nehmen, stellt sich die Frage: Wie? Das Alte Testament beschreibt dies mit gewaltsamen ethnischen Säuberungen. Nach ihrer Befreiung von der Sklaverei in Ägypten erreichen die Israeliten das Gelobte Land, wo Gott ihnen sodann befiehlt, das Volk, das dieses Land besetzt (die Kanaaniter), restlos auszurotten: »Aus den Städten dieser Völker jedoch, die der Herr, dein Gott, dir als Erbbesitz gibt, darfst du nichts, was Atem hat, am Leben lassen.« (Buch Deuteronomium 20:16)


Das Buch Josua beschreibt die Ausführung dieses Befehls: »Mit scharfem Schwert weihten sie alles, was in der Stadt war, dem Untergang, Männer und Frauen, Kinder und Greise, Rinder, Schafe und Esel.« (6:21) Etliche Kapitel später lesen wir: »So schlug Josua das ganze Land auf dem Gebirge und im Süden und im Hügelland und an den Abhängen mit allen seinen Königen und ließ niemand übrig und vollstreckte den Bann an allem, was Odem hatte, wie der HERR, der Gott Israels, geboten hatte.« (10:40, 11:14) Der Text nennt eine Stadt nach der anderen, die Josua, dem Befehl Gottes folgend, eroberte und in der er jeden einzelnen Bewohner mit der Schärfe seines Schwertes tötete, bis alle ohne einen einzigen Überlebenden ausgelöscht waren (10:28, 30, 33, 37, 39, 40; 11:8).

Sollten wir das Judentum dafür verurteilen? Nein, natürlich nicht. Ähnliche Passagen finden sich in allen klassischen Religionstexten, den buddhistischen eingeschlossen.⁹ Was wir allerdings tun sollten, ist, die direkte Verwendung dieser Passagen als Legitimierung für die heutige Politik scharf zurückzuweisen; zugleich sollten wir die Passagen aber auch nicht einfach ignorieren mit der Begründung, sie seien für das besagte religiöse Konstrukt ohnehin nicht wesentlich, sondern eher zweitrangige, durch besondere historische Umstände bedingte Begebenheiten.

Leider versinkt die israelische Regierung derzeit tiefer und tiefer in diesem Sumpf. In seiner Rede vor dem Zionistischen Weltkongress am 21. Oktober 2015 in Jerusalem behauptete Benjamin Netanjahu, Hitler habe die Juden zunächst lediglich aus Europa vertreiben wollen und erst der damalige palästinensische Großmufti Amin al-Husseini habe ihn bei einem Treffen Ende November 1941 zum Holocaust angestiftet. Diese Äußerungen wurden unmittelbar danach von vielen führenden israelischen Holocaustforschern problematisiert. Sie hoben hervor, dass der Massenmord an den Juden durch die SS bereits begonnen hatte, als die beiden Männer sich persönlich trafen.

In Reaktion auf Netanjahus Äußerungen schrieb Israels Oppositionsführer Jitzchak Herzog, dies sei eine »gefährliche Verzerrung der Geschichte.«¹⁰ Zudem, so fügte er hinzu, spielten Netanjahus Äußerungen den Holocaustleugnern in die Hände. Itzik Shmuli, Knesset-Abgeordneter von der Zionistischen Union, rief Netanjahu dazu auf, sich bei den Holocaustopfern zu entschuldigen: Es sei »eine Schande und beispiellos, dass ein Ministerpräsident des jüdischen Staates sich in den Dienst von Holocaustleugnern stellt«¹¹ Angela Merkels Regierungssprecher Steffen Seibert verurteilte Netanjahus Worte ebenfalls scharf: »Ich kann für die Bundesregierung sagen, dass wir Deutsche insgesamt die Entstehungsgeschichte des mörderischen Rassenwahns der Nationalsozialisten, der in den Zivilisationsbruch der Shoah führte, sehr genau kennen. (...) Ich sehe keinen Grund, dass wir unser Geschichtsbild in irgendeiner Weise ändern. Wir wissen um die ureigene deutsche Verantwortung an diesen Menschheitsverbrechen.«

Wir sollten uns vollauf bewusst sein, was Aussagen wie die von Netanjahu bedeuten: Sie sind ein klares Zeichen der Regression unseres öffentlichen Raums. Dinge, die bislang auf die obskure Unterwelt rassistischer Obszönitäten beschränkt waren, erobern sich langsam einen Platz im offiziellen Diskurs.

Trotz alledem haben religiöse Fundamentalismen immerhin ein Gutes: Sie können sich auch gegenseitig nicht tolerieren, das heißt, es droht keine Gefahr einer »Einheitsfront« christlicher und muslimischer Fundamentalisten in Europa (abgesehen von kleineren Vorkommnissen wie den beidseitigen Bestrebungen, »respektlose« Schriften über Religion als Hasstiraden zu kriminalisieren). Die europäische Gemeinschaft der Muslime trifft auf ein paradoxes Dilemma: Die einzige politische Kraft, die sie nicht zu Bürgern zweiter Klasse degradiert und es ihnen erlaubt, ihre religiösen Vorstellungen zu leben, ist die der »gottlosen« atheistischen Liberalen, während diejenige, die ihrer religiösen Praxis am nächsten steht und quasi ihr christliches Spiegelbild verkörpert, ihr schlimmster politischer Feind ist. Das Paradox besteht darin, dass nicht diejenigen, die die Mohammed-Karikaturen zuerst veröffentlichten, sondern diejenigen, die sie aus Solidarität zur Idee der freien Meinungsäußerung ebenfalls zeigten, die wahren Verbündeten der Muslime sind. 

SLAVOJ ŽIŽEK

ist Philosoph, Kulturkritiker und Psychoanalytiker. Er zählt zu den bedeutendsten Philosophen unserer Zeit.

Der vorliegende Text wurde mit freundlicher Genehmigung des Ullstein-Verlags abgedruckt und ist ein Auszug aus seinem Buch »Der neue Klassenkampf«.



Slavoj Žižek

Der neue Klassenkampf

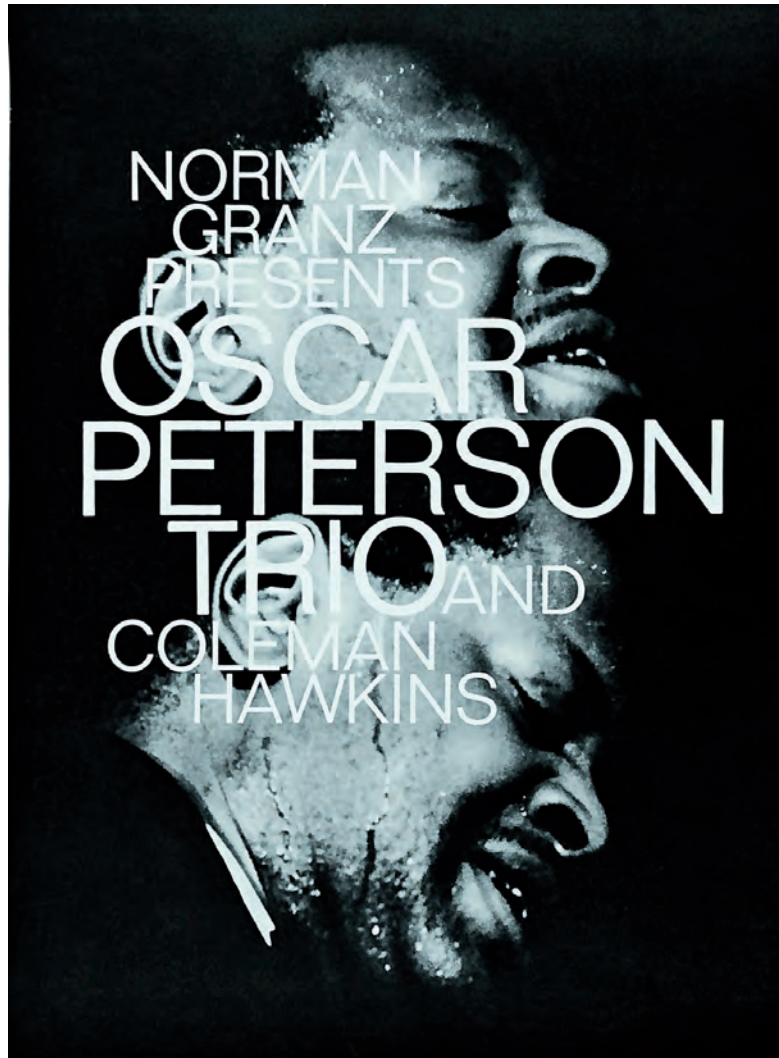
Ullstein-Verlag, 2015

96 Seiten, 8,30 Euro

1. Vgl. Slavoj Žižek: »Allegro moderato – Adagio. Fürchte deinen Nächsten wie dich selbst!«, in: Sandra Evans u. Schamma Schahadat (Hg.): Nacbarschaft, Räume, Emotionen. Bielefeld, transcript Verlag 2012, S. 31–62, hier S. 36 f.
2. Vgl. Žižek, »Allegro moderato«, S. 38
3. Siehe Žižek, »Wenn die Utopie explodiert«
4. Vgl. Slavoj Žižek: »Wer hat die Kraft der Leidenschaft?«, in: Die Zeit, 15.1.2015 (Übers.: Michael Adrian)
5. Talal Asa
6. Talal Asad: »Free Speech, Blasphemy, And Secular Criticism«, in: Talal Asad, Wendy Brown, Judith Butler, Saba Mahmood: Is Critique Secular? Blasphemy, Injury, and Free Speech. Berkeley, University of California Press 2009, S. 20–63, hier S. 37 und 40; siehe dazu auch Slavoj Žižek: Blasphemische Gedanken. Islam und Moderne. Berlin, Ullstein 2015, S. 24
7. Siehe »Orthodoxe Juden bezahlen Demonstranten gegen Homo-Ehe«, in: Süddeutsche Zeitung, 30.6.2015 <http://gawker.com/orthodox-jews-invent-uber-for-protesting-gaypride-1714720843>
8. <http://www.christianexaminer.com/article/israeli.foreign.minister.bible.says.the.land.is.ours/49013.htm>; Zitat aus: »Raw Frand zu Parschat Bereschit 5764«, Beitrag 1, unter <http://www.juefo.com/parascha/12-bereschit/85-raw-frand-zu-parschat-bereschit-5764-beitrag-1.html>
9. Zu den gewaltvollen, dunklen Seiten des Buddhismus siehe Brian Victoria: Zen War Stories. London, Routledge 2003; und Michael Jerryson (Hg.): Buddhist Warfare. Oxford, Oxford University Press 2010
10. Siehe <http://www.theguardian.com/world/2015/oct/21/netanyahuunder-fire-for-palestinian-grand-mufti-holocaust-claim>
11. »Netanjahu: Mufti von Jerusalem drängte Hitler mm Holocaust«, 21.10.2015, unter <http://www.dw.com/de/netanjahu-mufti-vonjerusalem-drängte-hitler-zum-holocaust/a-18794874>
12. Christian Wagner: »Netanyahu empört mit Holocaust-Äußerung«, 21.10.2015, unter <https://www.tagesschau>
13. Cord Riechelmann: »Elvis kann Kung-Fu«, in: Jungle World, 22.9.2011, unter <http://jungle-world.com/artikel/2011/38/44000.html>

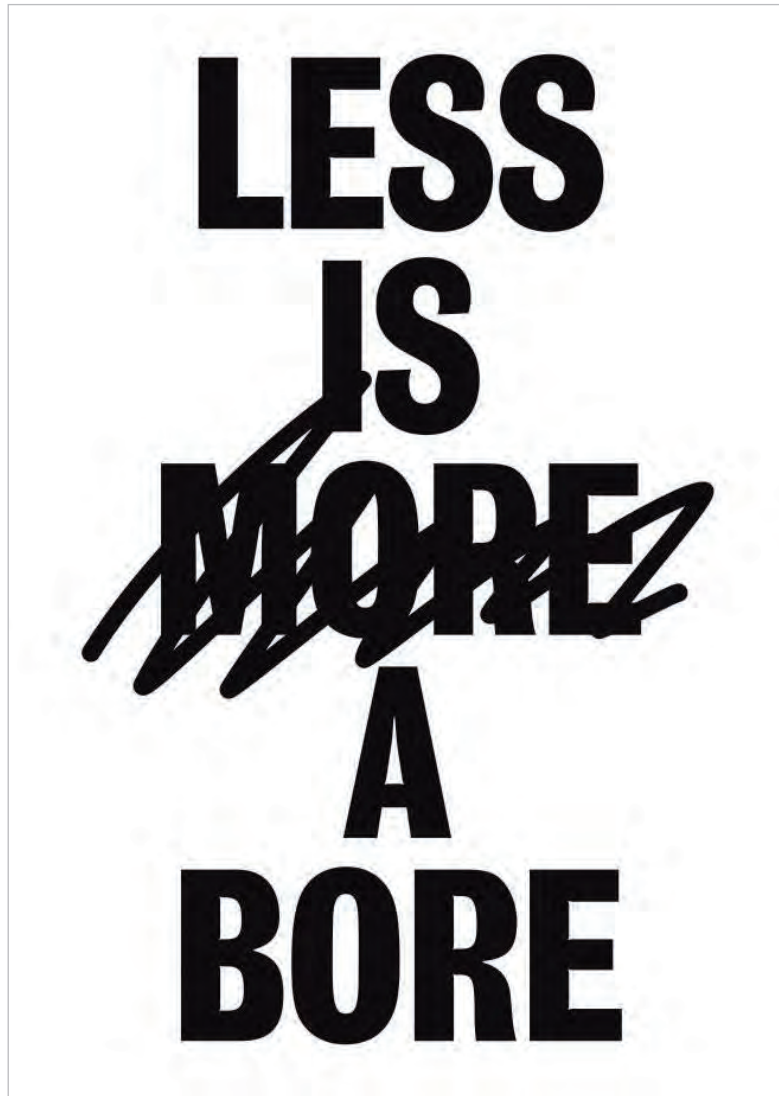


Analogical Modesty, 2016
© Desres Design Studio



Konzertplakat, Oscar Peterson Trio Gestalter Geunther Kieser, 1967

© Sammlung Friedrich Friedl



Less is... 2015
© Sandra Doeller

Aushöhlung von Rechten für Flüchtlinge

Im Flüchtlingsabkommen zwischen Europäischer Union und der Türkei wird trotz Kritik an Details vielfach eine grundsätzlich angemessene Lösung zur Bewältigung der Fluchtbewegungen nach Europa gesehen. Leila Hadj-Abdou analysiert das Abkommen als eine neue Variante der Strategie der Exterritorialisierung von Migrationskontrolle und beleuchtet die damit verbundenen rechtlichen und moralischen Probleme.

In ihrem ebenso provokanten wie wichtigen Beitrag in der letzten Ausgabe der ZUKUNFT zur österreichischen Asylpolitik schreibt Nurten Yilmaz: »Die Jahre, als weit hinten in der Türkei irgendwer irgendwem mit dem Panzer ins Dorf gefahren ist, und niemand hat sich aufgeregt, sind vorbei. Auch die 2000er-Jahre sind vorbei, als die EU die Mubarak und Gaddafis dieser Welt bezahlt hat, damit sie Flüchtlinge von der Reise übers Mittelmeer abhalten. Europa wird lernen müssen, zu teilen.« Ich möchte in diesem Beitrag diese Grundannahmen nochmals aufgreifen und die Frage stellen: Sind diese Zeiten in der Tat der Vergangenheit zuzuordnen?

Das kürzlich abgeschlossene Flüchtlingsabkommen der Europäischen Union mit der Türkei weist darauf hin, dass diese Frage wohl eher zu verneinen ist. Diese Zeiten scheinen noch lange nicht vorbei zu sein. Anhand des EU-Türkei-Abkommens offenbart sich zudem ein kontinuierliches Muster europäischer Migrationskontrolle, das sich um die folgende Frage dreht: Wie hoch bauen wir die Mauern, und wie klein konstruieren wir die Türen, die schutzsuchenden Menschen Einlass gewähren?

Bevor ich diese Aussage am Beispiel des aktuellen EU-Türkei-Abkommens diskutiere, möchte ich noch eines vorausschicken: Das Bestreben, Türen klein und Mauern hoch zu halten, trifft gewiss nicht nur auf europäische Staaten zu, sondern verhält sich in vielen, anderen Nationalstaaten außerhalb Europas ähnlich. Australien etwa, um nur ein Land zu nennen, ist ein Paradebeispiel für das langjährige Bestreben, die Türen für Schutzsuchende sehr klein zu halten oder gar abzuziegeln. Die Tatsache, dass die australische Regierung die exakt gleiche Botschaft wie die rechtspopulistische Partei von

Geert Wilders an Flüchtlinge sendete – nämlich: »No way. You will not make Australia [bei Wilders: the Netherlands] home« – illustriert dies recht eindeutig. Doch wenngleich Europa hier keine Ausnahme ist, sondern sich in durchaus schlechter Gesellschaft befindet bzw. von so manchen Staaten gar übertroffen wird, kann man davon natürlich nicht ableiten, dass Europas derzeitiges Handeln nicht moralisch verwerfliche Aspekte in sich birgt.

WAS IST MORALISCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK?

Doch was ist moralisch? Staaten, die sich als liberale Demokratien bezeichnen, haben eine klare moralische Verpflichtung, Menschen, die ihr Heimatland verlassen müssen, da die dortigen Regierungen ein sicheres Leben aktiv verunmöglichen bzw. schlichtweg daran scheitern, ihren StaatsbürgerInnen Sicherheit zu bieten, Schutz zu gewähren.

Auf diesem Grundsatz basiert auch die Genfer Flüchtlingskonvention. Dieser Grundsatz entwickelte sich wiederum in Reaktion auf den Holocaust. Diese Tatsache scheint in gegenwärtigen Debatten oft ausgeblendet zu werden: Im Sommer 1938 trafen sich Vertreter von über 30 Ländern in Frankreich, um zu diskutieren, wie der Verfolgung von Juden und Jüdinnen unter Hitler zu begegnen wäre. Abgesehen von der Dominikanischen Republik erklärte sich damals kein einziges dort vertretenes Land dazu bereit, mehr jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Einige jüdische Flüchtlinge fanden dennoch eine offene Tür, vielen anderen aber wurde der Eintritt verwehrt; sie wurden in späterer Folge durch das NS-Regime ermordet. Wenngleich die damalige Situation in mancher Hinsicht natürlich nicht mit der heutigen zu vergleichen ist, glichen die damaligen Argumente, wie uns der

politische Philosoph und weltweit führende Denker zu Fragen von Asyl und Migration, Joseph Carens erinnert, in vielerlei Hinsicht gegenwärtigen Debatten: »Man kann nicht alle aufnehmen, das würde uns überfordern«; »die Dinge sind in der Tat nicht rosig, aber viele Fürsprecher der Juden übertreiben«; »viele Juden wollen nur bessere wirtschaftliche Möglichkeiten«; »sie teilen unsere religiösen Traditionen und demokratischen Werte nicht«; »manche von ihnen sind Kommunisten, und ihnen Einlass zu gewähren, stellt daher eine Sicherheitsgefährdung dar«; »sie haben falsche Papiere erworben, oder reisen mit Schmugglern illegal ein« usw.

Carens macht uns zudem darauf aufmerksam, dass es bis zu einem gewissen Maße moralisch legitim wäre, dass Nachbarländer jener Staaten, aus denen Flüchtlinge kommen, zunächst mehr Menschen aufnehmen als andere Staaten. Denn, zum einen sind Nachbarstaaten schlichtweg für viele Menschen, die Schutz suchen, das erste Ziel. Zum anderen ist es sinnvoll, dass sich Schutzsuchende zunächst nicht allzu weit von ihrer Heimat aufhalten, da sie von dort aus wieder schneller in diese zurückkehren können, sobald die Fluchtgründe nicht mehr bestehen. Doch, dies ist nur insofern legitim, insofern absehbar ist, dass sich die Gründe für die Flucht dieser Menschen tatsächlich bald auflösen. Auf lange Sicht gesehen ist es jedoch schlichtweg ungerecht, dass Nachbarstaaten eine unverhältnismäßig größere Menge an Schutzsuchenden aufnehmen (müssen).

Die Genfer Flüchtlingskonvention macht zudem nicht nur deutlich, dass Schutzsuchenden Schutz zu gewähren ist; sie ist auch darauf bedacht, dass geflüchtete Menschen schließlich ein Recht auf Teilhabe in einer Gesellschaft haben. Eine langfristige Konzentration von Flüchtlingen in einigen wenigen Nachbarländern dient jedoch nicht dazu, den Schutzsuchenden eine Teilhabe bzw. die Chance, ein neues Leben aufzubauen, zu ermöglichen. Zusammenfassend formuliert: Schutzsuchenden keinen Schutz zu gewähren, als auch sie langfristig in einigen wenigen Nachbarstaaten zu konzentrieren bzw. sie in an ihre Heimatländer angrenzenden Camps zu »vergessen«, anstelle ihnen die Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe zu bieten, ist daher moralisch verwerflich, und entspricht nicht dem im Zuge der Erfahrungen des Holocausts entwickelten Geistes der Flüchtlingskonvention.

Diese Überlegungen, die in einer weit tiefgehenderen Manier von Carens dargestellt werden, als sie hier erörtert

werden können, sind wichtig, gerade auch um Entwicklungen wie das jüngste EU-Flüchtlingsabkommen mit der Türkei zu beleuchten.

DER EU-TÜRKEI-DEAL – EINE RÜCKKEHR ZUM »BUSINESS AS USUAL«

In diesem Abkommen vom März 2016 verpflichtete sich die Türkei, u. a. Drittstaatenangehörige, die nach dem 20. März über die Türkei nach Europa gekommen sind, ab sofort rückzuübernehmen. Abschiebungen haben bereits begonnen. Im Gegenzug hat die EU zugesagt, syrische Kriegsflüchtlinge aufzunehmen, die sich in Lagern in der Türkei aufhalten, wobei bei 72.000 Syrern Schluss sein soll mit dem Tauschgeschäft. Aufgrund großer Kritik wurde in letzter Minute noch festgelegt, dass Menschen, ehe sie abgeschoben werden, in Griechenland Asyl beantragen können. Jedoch scheint es mehr als fraglich, wie man sozusagen im Schnellverfahren Asylanträge prüfen kann, und wie Griechenland, das auch in der Vergangenheit große Defizite im Asylbereich aufwies, diese Herausforderung bewältigen soll.

Die EU erwartet sich davon jedenfalls eine deutliche Reduzierung der Flüchtlingszahlen, d. h. Flüchtlinge sollen gar nicht erst europäisches Festland erreichen. Die Frage, ob bzw. wie dann das Grundrecht eines jeden Menschen, ein Land zu verlassen, gewahrt wird, bleibt dabei jedoch auch ungeklärt. Die Türkei hat zudem das Zusatzprotokoll der GfK nicht unterzeichnet; es gibt also für Menschen, die nicht aus Europa sind, kein Recht auf Asyl, sondern maximal temporären Schutz. Berichten von Amnesty International zufolge, war die Tinte des Abkommens noch nicht mal getrocknet, da schob die Türkei bereits Schutzsuchende Menschen gegen ihren Willen in Länder ab, in denen ihr Leben gefährdet ist.

Dabei ist es wichtig, festzuhalten, dass der Türkei-Deal keine neue Entwicklung europäischer Migrations- und Asylpolitik darstellt. Das jüngste Abkommen reiht sich vielmehr in eine Reihe von Maßnahmen ein, die seit den 1980er Jahren in Europa (aber auch anderen Regionen) umgesetzt wurden, um Schutzsuchende Menschen so fern wie möglich zu halten.

EXTRATERRITORIALISIERUNG VON MIGRATIONSKONTROLLE

In den Jahren nach der Adoption der GfK im Jahre 1951 (und des Zusatzprotokolls von 1967) kamen relativ wenige Flüchtlinge in westliche Industriestaaten. In den 1980er Jahren, und

im Zuge des Endes des Kalten Krieges, änderte sich dies jedoch. In Reaktion auf erhöhte Asylzahlen erließen viele Staaten, allen voran auch Österreich, dann Regelungen, die es Schutz suchenden Menschen immer weiter erschwerten, einen Asylantrag in Europa zu stellen. Zu diesen Maßnahmen gehörten etwa verstärkte Visa-Anforderungen, eine Militarisierung der Außengrenzen, aber auch andere Maßnahmen wie die Überprüfung von Reisedokumenten durch Fluggesellschaften. Staatliche Migrations- und Grenzkontrollen wurde somit vermehrt an Dritte (oft auch nichtstaatliche (!) Akteure wie private Fluggesellschaften) ausgelagert. Diese Entwicklung war eine mehr oder weniger schleichende und kontinuierliche, was dazu führte, dass viele dieser Praxen, die Teil dieser Entwicklung sind, nicht mehr hinterfragt wurden.

Die Tatsache, dass es Menschen, die aufgrund von Verfolgung oft fluchtartig ihre Heimat verlassen müssen, oft nicht möglich ist, am Flughafen ein gültiges Reisedokument (viele Menschen besitzen gar keinen Pass) oder gar ein Einreisevisum (es gibt keine Visa für AsylwerberInnen, Asyl kann nur im Land selbst beantragt werden) vorzuweisen, wird da oft gar nicht mehr diskutiert. Viele Menschen, die laut GfK ein Recht darauf haben, einen Asylantrag zu stellen, werden somit in der Debatte oft als »Illegale« bezeichnet. Doch die meisten dieser sogenannten »Illegalen« machen im Prinzip nur eines: Sie üben ihr Recht aus, einen Asylantrag zu stellen.

Ob ihnen Asyl bzw. andere Formen von Schutz auch zusteht, muss natürlich geprüft werden. Es gibt zwar ein Recht auf Antragstellung, aber daraus leitet sich selbstverständlich kein automatisches Recht auf Asyl ab. Diese Personen jedoch als Illegale abzustempeln, ist schlichtweg irreführend, und trägt auch zur Verunsicherung der europäischen Bevölkerung bei, da es suggeriert, dass es sich bei Menschen, die eben nichts anderes tun, als von ihrem Recht Gebrauch zu machen, um Kriminelle handelt. Ja, die Einreise ist aufgrund mangelnder Alternativen in der Tat oft unkontrolliert, aber das ändert wiederum rein gar nichts daran, dass Menschen das Recht haben, Asyl zu beantragen.

AUSHÖHLUNG DER RECHTE VON ASYLWERBERN DURCH EXTRATERRITORIALISIERUNG

Grenzkontrollen bereits im Herkunftsland durchzuführen, etwa durch (private) Fluggesellschaften, ist Teil einer Migrationspolitik, die MigrationswissenschaftlerInnen als Extraterritorialisierung bezeichnen. Extraterritorialisierung meint die Verlage-

rung von Grenzkontrollen außerhalb Europas. Damit will man vermeiden, dass Drittstaatenangehörige ihr eigenes Land verlassen, bzw. in dem Falle, dass sie bereits ihr Land verlassen konnten, sicher zu stellen, dass sie so nahe wie möglich bei ihrem Herkunftsland, bzw. in jedem Falle außerhalb der EU bleiben. Maßnahmen europäischer Extraterritorialisierung bestehen vor allem auch aus EU-Rückkehrabkommen mit verschiedenen Nachbarstaaten (wie eben das mit der Türkei). ForscherInnen haben als eine Folge dieser Entwicklungen die zunehmende Aushöhlung der Rechte von AsylwerberInnen konstatiert.

In den letzten Jahren kam es auch zu einer Reihe von bilateralen Abkommen von EU-Staaten mit nordafrikanischen Ländern und sub-saharischen Staaten Afrikas, welche die Extraterritorialisierung von Migrationskontrollen weiter forcierte. Öffentliche Bekanntheit erlangten vor allem die Abkommen Italiens mit Gaddafi. Obwohl Libyen die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet hatte, und Flüchtlingen daher keinerlei Schutz vor Verfolgung geboten wurde (und wird), bestanden seit 2004 Rückkehrabkommen mit Libyen. Im Zuge dieser Abkommen finanzierte Italien unter anderem auch Anhaltelager von Flüchtlingen in Libyen. In diesen Lagern wurden Flüchtlinge unter der Regierung Gaddafis jahrelang inhaftiert, ihnen wurden faire Asylverfahren verwehrt, sie wurden gefoltert, und vergewaltigt.

Einen Höhepunkt dieser Zusammenarbeit stellt das Abkommen Italiens unter Berlusconi mit Gaddafis Libyen im Jahre 2008 dar, wobei Italien Libyen für seinen Job als »Grenzhüter« 5 Milliarden Dollar versprach, welche dazu gedacht waren, in Infrastrukturprojekte in Libyen zu investieren (von denen ganz uneigennützig dann wieder italienische Firmen profitierten). Während die Einhaltung von Menschenrechten in Europa, inklusiver fairer Asylverfahren sehr wohl ein Anspruch seitens der EU ist, wurden dieselben Menschenrechte im Rahmen der Extraterritorialisierung quasi bei der Hintertür Europas abgegeben.

DIE TÜRKEI – DER NEUE »BAD COP« EUROPAS

Im Rahmen der gegenwärtigen humanitären Flüchtlingskrise, die u.a. auch eine Folge des teilweisen Wegfalls arabischer »Grenzhüter« ist, ist Europa nun wieder vermehrt mit Schutzsuchenden konfrontiert. Das Abkommen mit der Türkei ist jedoch ein Schritt zu »business as usual«. Europa hat sich einen (weiteren) neuen Grenzhüter organisiert, einen neuen »bad cop«, der die unangenehme Arbeit der Abwehr von Drittstaats-

tenangehörigen erledigt. Unbeabsichtigte Nebenwirkungen, wie eben die Verletzung von in Europa gültigen Grundrechten durch den »bad cop«, wie das Recht, ein Land verlassen zu können, oder Asyl zu beantragen, sind dabei nicht auszuschließen. Aber diese »Nebenwirkungen« liegen dann angenehmer Weise nicht mehr in der Verantwortung Europas.


Und während in den letzten Monaten Menschen aus Europa mit anderen (schutzsuchenden) Menschen konfrontiert waren, und viele in der unmittelbaren Begegnung mit Flüchtlingen die Möglichkeit hatten zu sehen, dass Flüchtlinge eben auch nur Menschen sind, werden Schutzsuchende nun wieder zu entfernten Fremden. Sie werden wieder entmenschlicht. Schluss also mit der menschlichen Willkommenskultur, die Menschen zu Menschen macht.

EIN GERECHTER DEAL?

Ein guter Deal für Europa? Das ist fraglich; das Ganze hat zudem einen enormen Schönheitsfehler: Demokratische Staaten, so der schon eingangs erwähnte Joseph Carens, können ihren moralischen Verpflichtungen nicht gerecht werden, indem sie ein System, wie die GfK etablieren, um Flüchtlinge zu schützen, welches sie ihnen dann aber verwehren, in Anspruch zu nehmen. Die derzeitigen Entwicklungen, die Menschen erschweren, wenn nicht verunmöglichen, in Europa einen Asylantrag zu stellen, scheinen aber genau das und noch mehr zu tun.

Um schließlich nochmals auf den Beitrag von Nurten Yilmaz in der letzten Ausgabe der ZUKUNFT zurückzukommen: Dem Tenor ihres Beitrages nach zu schließen, weiß Yilmaz sehr wohl, dass die Zeiten »in denen Mubaraks und Gaddafis Flüchtlinge für Europa aufgehalten haben«, nicht vorbei sind. Vielmehr sind ihre Aussagen als Forderungen zu verstehen, und diesen Forderungen kann man in der Tat nur zustimmen: Diese Zeiten sollten in der Tat der Vergangenheit angehören. Und bevor sich bei einem der LeserInnen der Gedanke vom »Gutmenschentum« aufdrängt: Nein, es geht wahrlich nicht darum, die ganze Welt aufzunehmen; es geht darum, einen gerechten Beitrag zu leisten. Laut einer aktuellen Studie von Oxfam haben reichen Staaten bisher nur 1,39 Prozent der syrischen Kriegsflüchtlinge aufgenommen. Die Hauptlast der aktuellen Flüchtlingskrise tragen nach wie vor die unmittelbaren Nachbarländer (die nicht nur weit weniger finanzielle Ressourcen besitzen, sondern eben oft auch weniger Menschenrechte).

ES GEHT UM DIE EINHALTUNG VON RECHTEN

Und um zu allerletzt doch noch einen kleinen »Widerspruch« zum Artikel von Nurten Yilmaz festzuhalten: Sie beschreibt diese Forderungen nach einer gerechten Asylpolitik als den sozialdemokratischen Werten entsprechend, d.h. sie fordert die Sozialdemokratie auf, Haltung zu bewahren. Meines Erachtens sollte eine Haltung, die sich auf den Geist der GfK besinnt, die den »Schutz« von Flüchtlingen ernst nimmt, und Menschenrechte nicht bei der Hintertür abgibt, keine Frage einer parteipolitischen Linie sein, sondern sollte vielmehr in europäischen Demokratien, Demokratien die sich der Einhaltung von gewissen Rechten nicht nur für Mehrheiten, sondern auch Minderheiten verpflichtet haben, selbstverständlich sein. Vielleicht sieht das Griechenland ja auch so? Während ich diese Zeilen schreibe, wurde die Meldung bekannt, dass es zunächst doch nur mehr vereinzelt Abschiebungen in die Türkei geben werde, da Griechenland mehr Zeit brauche, um Asylanträge zu prüfen. Von vier Wochen ist da die Rede. Doch ob diese Zeit für faire Asylverfahren ausreicht, bleibt fraglich. Die Schlepper lassen einstweilen vermutlich schon mal die Champagnerkorken knallen: Je restriktiver die Einreisemöglichkeiten nach Europa und je verzweifelter die Menschen, desto besser für ihr Geschäft. 

LEILA HADJ-ABDOU

ist Migrationsforscherin und arbeitet bei der Caritas
Wien im Rahmen des Projekts »Commit – PatInnen
für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge«.



Einladungskarte, Gestalter Max Bittrof um 1927

© Sammlung Friedrich Friedl



Schriftmusterheft, Futura

© Sammlung Albinus, Museum Angewandte Kunst

Zwischen Widerstand, Flucht und Exil

In der Debatte über Fluchtbewegungen nach Europa sind Stimmen von Flüchtenden bisher wenig zu Wort gekommen. Dass diese Stimmen existieren, zeigt u.a. das Buch des verfolgten kongolesischen politischen Aktivisten Emmanuel Mbolela, der seinen Weg nach Europa »zwischen Widerstand, Flucht und Exil« beschreibt. Sepp Wall-Strasser bespricht das herausfordernde Buch und hebt seine politischen Implikationen hervor.

Man beginnt im Buch zu lesen mit dem Bewusstsein, etwas über die Flucht eines afrikanischen Migranten zu erfahren. Tatsächlich bekommt man aber zunächst eine kleine Einführung in die (Kolonial-)Geschichte der Demokratischen Republik Kongo, über die politische Entwicklung dieses Landes in den letzten Jahrzehnten, und Emmanuel Mbolela eröffnet damit auch gleich den Horizont, in welchen er sein Leben, sein Denken und sein Engagement stellt: in den großen Zusammenhang der Geschichte Afrikas mit seiner kolonialen Unterjochung durch Europa, die aber nicht Vergangenheit ist, sondern die trotz einmal formal vollzogener Entkolonialisierung über die fremdländische Ausbeutung der Bodenschätze und des Reichtums weiter mit unverminderter Brutalität andauert.

Der heute 42-jährige Emmanuel Mbolela wuchs in Mbujimayi in der Provinz Kasai Occidental als Kind von Bauern und Viehzüchtern auf. Sein aktives politisches Engagement fiel in die Zeit Mobutus und Laurent Désiré Kabilas.

ERSTE POLITISCHE ERFAHRUNG

Durch eisernes Sparen ermöglichten ihm seine Eltern den Grundschul- und später auch Mittelschulbesuch und das Handelsstudium in der Nachbarstadt Kananga – etwas, das für viele Gleichaltrige nicht möglich war. Damit begann auch seine erste politische Erfahrung im desolaten Schulsystem. Nicht nur, dass vielen Eltern das Geld für den Schulbesuch ihrer Kinder fehlte, auch die Schulen bestanden oft nur aus vier Wänden ohne Türen und Fenster, die Schulverwaltung war praktisch nicht existent, es gab viel zu wenig Lehrkräfte, und diese verdienten so wenig, dass ihnen die Motivation fehlte. Um gute Schulerfolge bemühte er sich nicht nur aus Dank-

barkeit – gegenüber seinen Eltern, sondern weil er sich bereits in diesen Jahren entschlossen hatte, später einmal politisch Verantwortung zu übernehmen, und so zur Entwicklung des Landes beizutragen. Parallel dazu war er in das Unternehmen seine Bruders eingebunden, der einen Bücher- und Zeitschriftenladen aufgebaut hatte. Und hier eine zweite prägende politische Erfahrung: die Verwüstung des Geschäfts seines Bruders durch Mobutisten, weil er der Regierung nicht genehme Literatur anbot, und gleichzeitig die Erfahrung von familiärer Solidarität durch den Bruder. »Die Früchte von zehn Jahren Arbeit wurden innerhalb von wenigen Stunden von Mobutus Soldaten zerstört.«

Emmanuel stand im letzten Jahr seines Studiums und vor der Alternative: aufgeben oder weitermachen? Und hier lernt er die familiäre Solidarität kennen. Sein Bruder sagte zu ihm: »Emmanuel, lass den Kopf nicht hängen ... Die Soldaten konnten das Geschäft plündern, aber nicht unsere Köpfe. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass du dein Studium zu Ende bringen kannst.« Somit konnte Emmanuel nach erfolgreichem Baccalaureatsabschluss ein Studium der Ökonomie an der Universität in seiner Heimatstadt Mbujimayi beginnen. Dies ist eine der faszinierenden Botschaften dieses Lebenszeugnisses von Emmanuel, welche immer wiederkehrt: nicht aufgeben.

Dies war 1993. Zu diesem Zeitpunkt war es ihm klar, dass er sich politisch engagieren werde. Seine Analyse war: »Armut und Misere betreffen im Kongo«, schreibt er, »nicht nur den Bildungssektor, sondern sämtliche Sektoren des gesellschaftlichen Lebens.« Der Reichtum des Landes ist der Hauptgrund von Verarmung, Unterdrückung und Diktatur.

Das ist das Los der Kolonialstaaten. »Angesichts der Reichtümer des Landes ist es schlicht unbegreiflich, dass die Menschen in solcher Armut leben müssen. Mbujimayi gilt als Hauptstadt der weltweiten Diamantenförderung – der Skandal sticht hier also besonders ins Auge« (40).

Emmanuel schließt sich 1994 der UDPS, der Partei »Union für Demokratie und sozialen Fortschritt« an, einer neu gegründeten Sammelbewegung, die für die Etablierung eines auf den Prinzipien der Gerechtigkeit und der Demokratie fußenden Rechtsstaates und freie Wahlen kämpfte. Er wurde Aktivist und mit dem Aufbau der Jugendorganisation betraut. Nach der erfolgreichen Vertreibung Mobutus 1997 war er mit eingebunden im Kampf um den interkongolesischen Dialog. Nach einem kurzen Aufflackern von einer politischen Öffnung unter Laurent Désiré Kabilas und großen politischen Erfolgen der UDPS nahm die Repression wieder ständig zu, und nach der Ermordung Laurent Désiré Kabilas kam es unter seinem Nachfolger und Sohn Josef Kabila zur offenen Verfolgung. Emmanuel kam während einer Demonstration, welche durch Angriffe von Regierungssoldaten in einem Blutbad endete, nur knapp mit dem Leben davon, landete in einem kongolesischen Gefängnis (welches für viele wieder den Tod bedeutete) und konnte sein Leben nur durch sofortige Flucht aus dem Land retten.

Damit begann 2002 eine drei Jahre dauernde Flucht über die Republik Kongo, Kamerun, Nigeria, Benin, Burkina Faso, Mali quer durch die Sahara und Algerien nach Marokko.

GRATWANDERUNG

Die Beschreibung dieser Jahre, die er manchmal nur durch Zufall überlebte, sollte zur Pflichtlektüre aller EuropäerInnen werden. Man lernt, dass »Schlepper« ein Unwort ist, welches in der derzeitigen Medienwelt fast nur als Metapher für »böse« dient, und Schlepper oftmals überhaupt stupid als Fluchtversucher dargestellt werden. Es gibt auf dem Fluchtweg, welcher immer eine Gratwanderung zwischen Überleben und Sterben ist, verschiedene Menschen, auf die Flüchtlinge angewiesen sind. Und manche schlagen daraus Kapital. Es gibt aber andere, die selbstlos Menschen in diesen verzweifelten Situationen weiterhelfen, sie oftmals vor Überfällen warnen oder ihnen auch das Leben retten. Wir lernen die Funktion von religiösen Gemeinschaften kennen, die oft die einzigen sind, die den völlig Entrechteten und Dahindarbenden Zuflucht und Unterstützung geben. Im Falle von Emmanuel in positiver Weise. Die LeserInnen können sich leicht ausma-

len, wie anfällig diese Menschen auch für sie missbrauchende Ideologien werden können. Wir lernen die beschämenden Tatsache der Unfähigkeit des UNHCR kennen, und ihre Abhängigkeit von den Mächtigen, sprich europäischen und US-amerikanischen Geldgebern. Das Buch legt anschaulich dar, dass viele Flüchtlinge in der ersten Zeit damit rechnen, wieder zurückzugehen.

Emmanuel erfuhr eine Ernüchterung nach der anderen – er machte die Erfahrung des Rassismus, gerade auch unter AfrikanerInnen. In den Straßen Algeriens wurden sie mit Steinen beworfen und als »Azzi« (Sklaven) beschimpft. Emmanuel schreibt: »Ich war der Überzeugung, dass diese Dinge einer längst vergangenen Epoche angehörten ... Für mich war es unvorstellbar, dass gerade junge AlgerierInnen, die genauso wie wir potentielle EmigrantInnen waren und nach Europa wollten, uns diesen Rassismus entgegenbrachten« (86).

AN DEN GRENZZÄUNEN MALTRÄTIERT

Nachdem er monatelang in Marokko festsah, erleben musste, wie die Menschen an den Grenzzäunen malträtirt und getötet wurden, nachdem er seine FluchtkameradInnen als Tote im Mittelmeer treiben sah und selber nur durch einen puren Zufall einer tödlichen Überfuhr entkommen war, fasste Emmanuel an diesem Tiefpunkt eine Grundsatzentscheidung: Selbstaufgabe oder politische Tätigkeit. »Ich musste mich erheben und meine Isolation beenden. Ich musste nicht nur mein Leben ändern, sondern auch das der GenossInnen« (121). Er schreibt: »Wir konnten zwei Wege wählen: Entweder wir akzeptierten die Ungerechtigkeiten, die entwürdigenden Behandlungen, die Misere und das Leiden ... oder wir nahmen unser Schicksal in unsere eigenen Hände und entschlossen uns zu kämpfen« (119).

So gründete Emmanuel im April 2005 die Selbsthilfeorganisation »Vereinigung der Kongolesischen Flüchtlinge und AsylbewerberInnen« (ARCOM, *Association des Réfugiés et Demandeurs d'Asile Congolais*). Er organisierte mit MitstreiterInnen – vor allem zwei tapferen Frauen – mehrwöchige Kurse, improvisierte eine Schule für Kinder von MigrantInnen, eine Konferenz an der internationalen Universität von Rabat und unzählige Hilfsaktionen zur Rettung verletzter und kranker Flüchtlinge. Gemeinsam mit den AktivistInnen von ARCOM wurde er zur Ansprechperson für die Öffentlichkeit, Medien und teilweise auch für die Politik. Einer der Höhepunkte seines Wirkens war ein Musikfestival der MigrantInnen, als Teil einer Kampagne gegen sexuell übertragbare Krankheiten

– das erste dieser Art in Marokko. Bei dieser Arbeit, die von ungemein vielen Schwierigkeiten, Rückschlägen aber auch wunderbaren Solidaritätserfahrungen geprägt war, gewann Emmanuel seine Selbstachtung wieder. Für die Menschen auf der Flucht wird er mit seinen jungen Jahren zum »Papa Emman« und damit zu einer Hoffnungs- und Lichtgestalt für unzählige Menschen.

SEIN LEBEN IN EUROPA

Am 1. April 2008 konnte Emmanuel überraschend im Rahmen eines Wiederansiedlungsprogrammes der holländischen Regierung in die Niederlande ausreisen. Doch auch hier musste er die Erfahrung machen: Er war wieder einmal ein Niemand oder bestenfalls ein Arbeitssklave. Wenn Emmanuel seine Erfahrungen bei der Arbeitssuche und die Arbeitsrealitäten schildert, die er auf einem Müllabladepplatz oder in einer Obst- und Gemüseverpackungsfirma erlebte, muss man unwillkürlich an Romane wie Onkel Toms Hütte denken. Man legt kurz das Buch zur Seite und überlegt, ob man sich jetzt nicht doch im Jahrhundert geirrt hätte. Arbeiten von bis zu 14 Stunden, oftmals ohne Pause oder auch ohne Essen. Und das in den Niederlanden, das in der EU. Und damit erzählt diese Buch von einer Wirklichkeit, die Hundertausende oder sogar Millionen von migrantischen ArbeitnehmerInnen in Europa derzeit erleiden.

Doch auch hier erweist er sich wieder als Aktivist und Kämpfer für Gerechtigkeit und Solidarität. Emmanuel wird zum Mitbegründer von »Afrique – Europe – Interact«, einem Netzwerk, welches Basisgruppen aus Mali, Togo, Burkina Faso, dem Kongo, Deutschland, Österreich und Holland verbindet mit dem Ziel eines Austausches zwischen afrikanischen und europäischen AktivistInnen und der Durchführung gemeinsamer Aktionen im Sinne einer politischen Plattform. So kommt Emmanuel auch wieder nach Afrika, diesmal aber als politischer Aktivist aus Europa; er trifft das erste Mal wieder FreundInnen aus Marokko, mit denen er im Rahmen von ARCOM gearbeitet hatte.

WAS MACHT DAS LESEN DES BUCHES SO WERTVOLL?

Zusätzlich zu den berührenden und beklemmenden Schilderungen eines Menschen auf der Flucht möchte ich die herausfordernden Analysen Emmanuels und seine politischen Visionen von Gesellschaft hervorheben, die dieses Buch für die politisch interessierten LeserInnen so interessant und vor allem so ungeheuer aktuell macht. Vor allem drei Tatsachen sind es,

auf die Emmanuel immer wieder hinweist, und die uns EuropäerInnen nicht nur eine immense politische Arbeit abverlangt werden, sondern uns auch zu tiefst beunruhigen müssen. Emmanuel tut dies nicht als wissenschaftliche Abhandlung, sondern als reflektierter politischer Aktivist, bei dem alle seine Erkenntnisse mit persönlichen Erfahrungen belegt sind, und denen man mit äußerstem Respekt begegnen muss.

Erstens: Die Zustände in Afrika und im Speziellen in Kongo haben ihre Ursache in der Kolonialherrschaft und in der neokolonialen Ausbeutungsstruktur der herrschenden Wirtschafts(un)ordnung. Europa hat daran gewaltigen Anteil. Nicht die Armut, sondern der immense Reichtum des Landes an Bodenschätzen, Wald und Wasser sind Ursache für die katastrophale Lebenssituation. Auf seinen zahlreichen Lesereisen, in deren Rahmen ich den Autor auch persönlich kennenlernen durfte, hört man von Emmanuel immer folgenden Satz: »Allein die Kongokriege seit 1996 haben in den letzten zwanzig Jahren über sechs Millionen Menschen das Leben gekostet – im Kongo gibt es aber keine einzige Waffenfabrik!«

Die aktuelle Flüchtlingsbewegung nach Europa hat ihre Ursachen in den verheerenden Kriegen vor allem in Syrien, im Irak und in Afghanistan. Ohne zu vergessen, dass auch diese Kriege ihre Hauptursache in der Politik der USA haben, weist uns Emmanuel darauf hin, dass mit der menschenverachtenden Politik des Westens in Afrika weitere Millionen an zum Flüchtigen gezwungenen AfrikanerInnen kommen werden. Emmanuel: »Nun wäre der Moment gekommen, dass Europa über Ursache und Wirkung seiner politischen Maßnahmen nachdenkt ... Afrika wurde von den multinationalen Konzernen und internationalen Finanzinstitutionen, die dem Kontinent ihre Strukturanpassungsprogramme aufgezwungen haben, arm gemacht. Die Unterstützung, die die westlichen Länder den afrikanischen Diktatoren angedeihen ließen, die bewaffneten Konflikte, die gekonnt angefacht wurden ... – all das spiegelt sich in den Bootsunglücken wieder« (87).

Zweitens: Die Europäische Union zwingt die Länder an ihren Peripherien, die Drecksarbeit für sie zu machen. »Im Laufe meiner Tätigkeit für ARCOM sollte ich feststellen, dass die inhumane Behandlung, der wir papierlosen SubsaharierInnen in sämtlichen Ländern des Maghreb ausgesetzt waren, sich noch verstärkte, sobald Europa den Druck auf die Grenzen verstärkte. Die EU bedient sich ständig der Länder Nordafrikas, um ihre Migrationspolitik durchzusetzen. Die Externalisierung der EU-Grenzpolitik, die dazu dienen soll,

die sogenannte illegale Migration aufzuhalten, verursacht somit den gewaltsamen Tod von MigrantInnen, sei es in der Wüste oder auf dem Meer. Diese Politik verstärkt außerdem den Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit und vergiftet die Beziehungen zwischen den Völkern. Europa gewährt den Ländern Nordafrikas beträchtliche politische und ökonomische Unterstützung, um die Grenzen zuzumachen, obwohl klar ist, dass in diesen Ländern die Menschenrechte oft mit Füßen getreten werden (86). Was Emmanuel persönlich in Algerien und Marokko erfahren hat, genau das passiert jetzt im Tauschhandel mit der Türkei.

Drittens: Emmanuel zeigt auf, dass große internationale Organisationen wie das UNHCR Politik im Interesse der Mächtigen und der für sie zur Unterstützung gezwungenen Staaten machen (müssen). Das UNHCR in Marokko befindet sich »zwischen Hammer und Amboss«: Es sollte einerseits den Schutz der Flüchtlinge gewährleisten, andererseits den politischen Auftrag der EU erfüllen, denn diese ist sein wichtigster Geldgeber. »Somit wurde das Hochkommissariat für Flüchtlinge plötzlich zum Handlanger für die Abschottung Europas und die Externalisierung des EU-Grenzschatzes. Die Flüchtlinge und MigrantInnen wurden zum Spielball zwischen den unterschiedlichen Interessen. Für die verschiedenen Parteien und Institutionen waren wir nicht mehr als politisches Wechselgeld. Anstatt den Schutz zu bekommen, den wir so dringend benötigten, wurden wir zu einer ökonomischen Dividende« (139).

SOZIALE DEMOKRATIE, GEWALTFREIHEIT UND POLITISCHE AUFKLÄRUNG

Es ist so, als ob Emmanuel uns unsere humanitären Werte und Errungenschaften wieder neu nahebringen müsste. Von Beginn an kämpft Emmanuel für eine Gesellschaft, die wir gerade dabei sind zu zerstören. Es beginnt mit seinem Engagement in der UDPS, die für einen »auf den Prinzipien der Gerechtigkeit und der Demokratie fußender Rechtsstaat« kämpft(e), »die von sozialdemokratischen Werten inspiriert ist«, der es um die Errichtung einer pluralen Demokratie geht, die grundlegende Menschenrechte und die öffentlichen Freiheiten sichert und allen Opfern von politischer Intoleranz und Verfolgung offensteht. »Erreicht werden soll dies mit gewaltfreien Methoden, da diese mit den universellen Grundsätzen der Vereinten Nationen übereinstimmen« (44).

Sein unerschütterlicher Glaube – bei dem man sich fragt, woher er diesen nimmt – an die politische Kraft der Organi-

sation, an die politische Aufklärung und an die humanitären Werte beschämen uns. Auf diese Werte gründete sich seine Hoffnung, es ist auch die Vorstellung von Europa von vielen politisch Verfolgten. Was müssen diese denken, wenn sie in unsere Länder kommen, wo sie glauben, dass verwirklicht ist, woran sie glauben, und dann werden sie abgelehnt, eingesperrt, im Stich gelassen, mit Stacheldraht und Wasserwerfern empfangen?!

»Dieses Buch hat den Anspruch, eine Stimme für die Stimmlosen zu sein. Es soll helfen, das Schweigen über die Konsequenzen der herrschenden Politik zu brechen« (212).

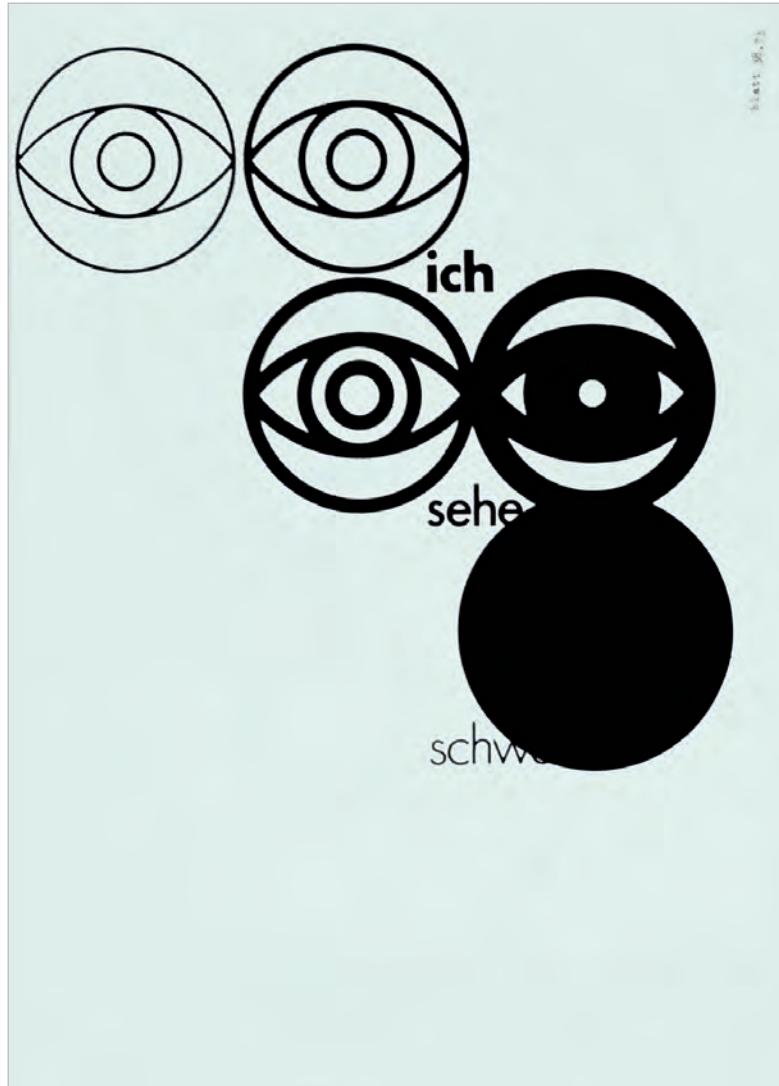
Mit diesem Satz endet das Buch. Es hat bereits die vierte Auflage erreicht, und es sind ihm noch viele LeserInnen zu wünschen. Wer mitgeholfen hat, dies möglich zu machen, ist sein Übersetzer, gleichzeitig aber auch der Aktivist und Weggefährte Emmanuels, Dieter Alexander Behr. Ein großer Dank an ihn. Beide stehen übrigens für Einladungen zu Vorträgen, Lesungen und Diskussionen an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich an: Dieter Alexander Behr (da.behr@reflex.at).

SEPP WALL-STRASSER

ist Bereichsleiter für Bildung und Zukunftsfragen im öGB Oberösterreich, Geschäftsführer des entwicklungspolitischen Vereins »weltumspannend arbeiten« und Vizebürgermeister von Gallneukirchen.

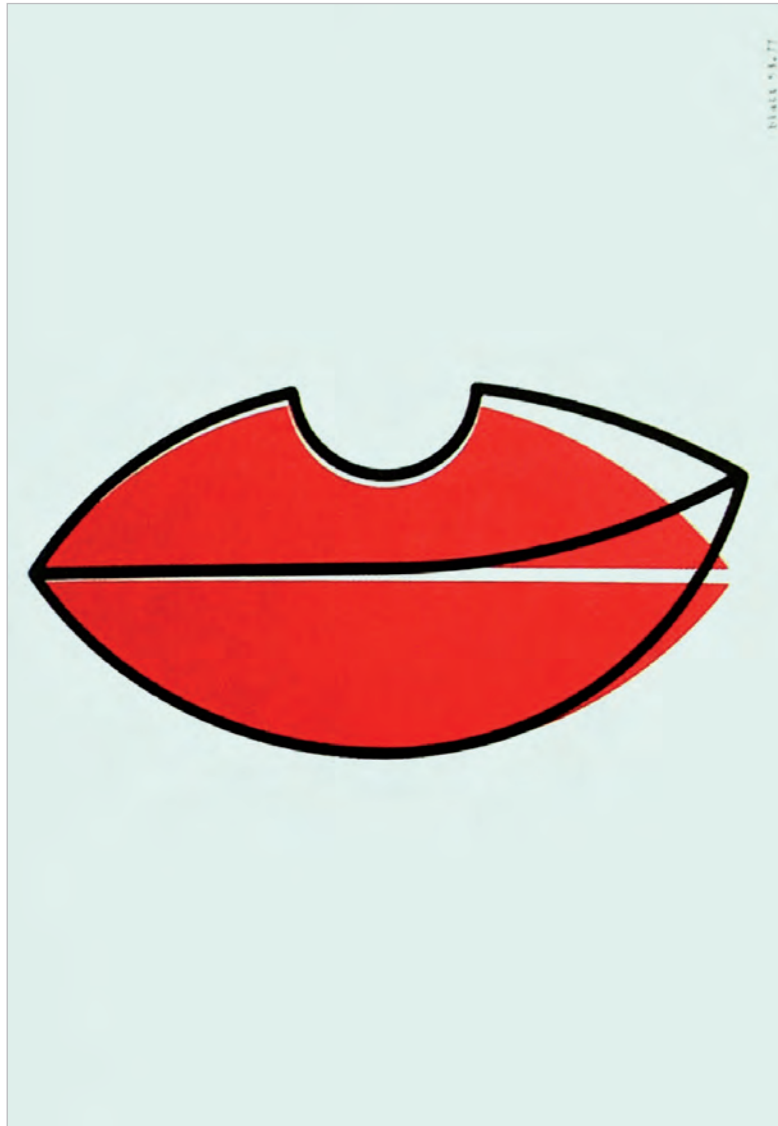


Emmanuel Mbolela
Mein Weg vom Kongo nach Europa
 Zwischen Widerstand, Flucht und Exil
 Mandelbaum-Verlag, Wien 2014,
 224 Seiten, 14,90 Euro



Plakat, Gestalter Wolfgang Schmidt, 1973

© Sammlung Friedrich Friedl



Plakat, Gestalter Wolfgang Schmidt, 1977

© Sammlung Friedrich Friedl

Kein Gott, kein Kaiser, kein Macron

Ein Jahr vor den französischen Präsidentschaftswahlen sind die Beliebtheitswerte von François Hollande im Keller. Während sein Wirtschaftsminister Emmanuel Macron eine eigene Partei gründet, die »weder links noch rechts« sein soll, hadern die linken Parteien mit einer Vorwahlstrategie, um Chance auf einen Einzug in die Stichwahl zu wahren. Die notorisch zerstrittene konservative Opposition wäre dabei weniger Hindernis, als die halbherzige, unternehmerfreundliche Reform des Arbeitsrechts, mit denen der Präsident und der Premierminister gerade Gewerkschaften, Studierendenverbände und Teile der eigenen Partei gegen sich aufbringen.

Wenn Präsident François Hollande lachen will, ist ein Blick auf seine Umfragewerte schon länger nicht zu empfehlen. Aber als Premierminister Valls im Jänner pflichtschuldig Präsident Hollande als »natürlichen Kandidaten« für die Präsidentschaftswahlen bezeichnete,¹ hatten die desaströsen Umfragewerte längst eine offene Debatte über eine Vorwahl der Linken in Gang gebracht.² Zu diesem Zeitpunkt sahen Umfragen Hollande bestenfalls bei 18 % und am dritten Platz.³ Die Mehrheit der linken WählerInnen befürchtet eine Wiederholung des Jahrs 2002, als der Sozialist Lionel Jospin auch wegen der Zersplitterung des linken KandidatInnenlagers in der ersten Wahlrunde ausschied, und die Stichwahl zwischen Jacques Chirac und Jean-Marie Le Pen entschieden wurde.

Nach seinem politischen Schwenk zum unternehmerfreundlichen »Pakt der Verantwortung« (ZUKUNFT 09/2014) wollten Präsident Hollande und Premierminister Valls im Februar 2016 mit einem lang erwarteten Paukenschlag bei der Reform des Arbeitsrechts Handlungsfähigkeit demonstrieren und eine Trendwende einleiten. »Hollande macht den Schröder« kommentierten deutsche Medien und tatsächlich sind gewisse Parallelen nicht von der Hand zu weisen.⁴ Neben einer Aufweichung des Kündigungsschutzes geht es um die Schwächung der Gewerkschaften bei Verhandlungen auf Betriebsebene und um eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, die als Abkehr von der 35-Stunden-Woche aufgefasst wurde. Doch der Befreiungsschlag mutiert seit bald zwei Monaten zum weiteren Debakel. Während die Gewerkschaften gegen ihre Entmachtung Sturm laufen, haben sich auch Studierenden- und SchülerInnenorganisationen dem Protest angeschlossen. Seit Ende März demonstrieren Zehntausende gegen die geplanten Maßnahmen, in der neuen Protestbewegung »Nuit debout« sehen manche eine Entsprechung der

»Occupy«-Bewegung. Im Parti Socialiste hat die ehemalige Parteichefin Martina Aubry ihren Rücktritt aus der Parteiführung erklärt und damit den Burgfrieden in der Mehrheitsströmung der Partei aufgekündigt.⁵ Von allen Seiten unter Druck, bleibt der Regierung gar nichts übrig, als nachzugeben. Die Beschlussfassung des Gesetzes wurde verschoben, Verhandlungen wurden aufgenommen. Premierminister Valls stellte in Gesprächen mit den StudierendenvertreterInnen Verbesserungen für BerufseinsteigerInnen in Aussicht.⁶ Um zumindest die regierungsnahen Gewerkschaft CFDT einzubinden, wurde die geplante Ausschaltung der Gewerkschaften bei Verhandlungen auf Betriebsebene im Zuge der Überarbeitung deutlich abgeschwächt und kompensiert. Beides konnte die Proteste bislang nicht stoppen, gleichzeitig riefen die Zugeständnisse Empörung beim Unternehmerverband MEDEF hervor, dessen Präsident Pierre Gattaz die »Alarmklingel« ertönen lässt, um sich die in Aussicht gestellten verspäteten Weihnachtsgeschenke nicht wieder wegnehmen zu lassen.⁷

VORWÄRTS – WOHIN?

Statt der erhofften Trendwende dürfte sich Hollande mit dem Projekt zur Liberalisierung des Arbeitsrechts endgültig ins Abseits manövriert haben. Anfang April befürworteten nur noch 15 %, dass sich der amtierende Präsident nochmals der Wahl stellt, selbst unter WählerInnen der Linken sind es nur 27 % und nicht einmal unter WählerInnen des Parti Socialiste findet er mit 47 % eine Mehrheit. In dieser Situation hat der parteilose und auf persönlichen Wunsch Hollandes in die Regierung berufene Emmanuel Macron die Gründung einer eigenen Partei angekündigt, »En marche!« (»Vorwärts!«). Diese Bewegung sei »weder links, noch rechts«, ließ der Ex-Banker wissen und es ist wohl kein Zufall, dass Macron in Großbritannien mit dem »jungen Tony Blair« verglichen wird, ein »Kompliment«, das Macron zu gefallen scheint. Ebenso wie

Valls beteuert Macron seine Unterstützung für Hollande, den er mit der Parteigründung unterstützen wolle, und dementiert (derzeit noch) eigene Ambitionen auf das Präsidentenamt.¹⁰

Tatsächlich ist die Gründung aber wohl Ausdruck einer Suche nach einem »neuen Gesicht« für eine unternehmerfreundliche Orientierung des aktuellen Regierungslagers. Die politische Konzeption ist dabei keineswegs neu, sie entspricht im Wesentlichen den politischen Überlegungen von Premierminister Valls, der die aktuelle Entwicklung dennoch skeptisch verfolgen dürfte. Denn die Rolle des französischen Matteo Renzi bei der Bildung einer parteiübergreifenden Zentrumspartei hatte sich Valls – nach einem »freiwilligen« Kandidaturverzicht Hollandes – wohl selbst zugeeignet. Doch weil Valls Popularität sich mittlerweile der des Präsidenten nähert, scheint Macron gezielt aufgebaut zu werden: Nach Medienberichten wird »En marche!« maßgeblich von Unternehmern und einem liberalen Thinktank unterstützt.¹²

ORIENTIERUNGSLOSIGKEIT IM RECHTEN LAGER


Die Bedingungen für eine solche Zentrumspartei scheinen auf den ersten Blick nicht zuletzt aufgrund der vergifteten Stimmung in der bürgerlichen Rechten nicht schlecht zu stehen. Während die Vorbereitungen für die Vorwahlen der konservativen »Les Républicains« (LR) auf Hochtouren laufen, sieht sich Parteichef und Ex-Präsident Nicolas Sarkozy nicht nur mit Ermittlungen der Justiz, sondern auch mit wenig schmeichelhaften Vergleichen seines Ex-Premiers und Mitbewerbers François Fillon konfrontiert, der die Medien wissen ließ, warum er an Sarkozys Kandidatur zweifle: »Die Franzosen sind Königsmörder und wenn sie den Kopf des Königs einmal abgeschlagen haben, ist es schwer, ihn wieder auf die Schultern zu setzen.« Die besten Chancen für die Wahlen geben Umfragen Alain Juppé einem 70-jährigen Veteranen der für ihre Korruptionsaffären berühmten Ära Chirac, der sich als gemäßigter bürgerlicher Kandidat präsentiert, innerhalb der Partei aber von der Generation Sarkozy heftig angefeindet wird. Und selbst die erfolgsverwöhnte Marine Le Pen, Chefin des rechtsextremen Front National, hadert derzeit mit Verstrickungen ihrer Parteigänger in der Panama-Leaks-Affäre. Wäre da eine wirtschaftsfreundliche Mitte-Links-Partei mit einem charismatischen Führer nicht das Gebot der Stunde?

LINKE VORWAHLEN

Trotz seiner medialen Präsentation als neuer Messias, der den

»Stillstand« des Landes durch »mutige Reformen« aufbrechen möchte, erscheint das mehr als zweifelhaft, nicht nur weil der aktuelle internationale Trend keine politischen Blair-Wiedergänger zu verlangen scheint, wie die, für Blair nach eigenem Bekunden nicht zu verstehenden, Erfolge Corbyns und Sanders zuletzt eindrucksvoll gezeigt haben. Dass Macron in Umfragen bessere Werte erzielt als Hollande, scheint schon für sich wenig aussagekräftig, denn das gelingt derzeit fast allen LinkspolitikerInnen. Ein mahnendes Beispiel für das Scheitern der Strategie ist aber Premierminister Valls selbst, der 1:1 für die politische Konzeption Macrons steht: Seine Zustimmungswerte sind von fast 60% vor zwei Jahren auf mittlerweile knapp 25% gefallen.¹⁴ Noch bedenklicher scheint, dass selbst Valls unter AnhängerInnen der Linken mehr Zustimmung findet als Macron. Macrons Antreten würde die Spaltung der Linken jedenfalls vertiefen, das Szenario, das zurecht viele als Wiederholung des Jahres 2002 fürchten.

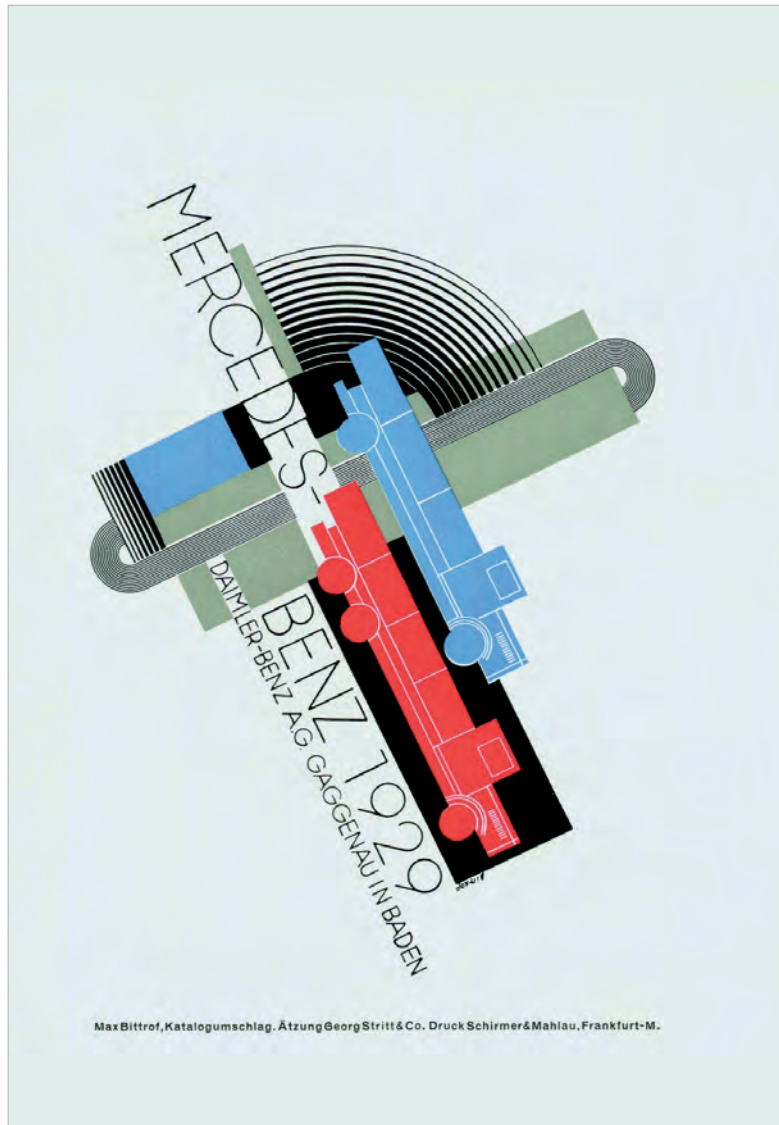
Um dieses Risiko zu minimieren, sollen Vorwahlen auch in der Linken eine gemeinsame Kandidatur von SozialistInnen, Grünen und KommunistInnen sicherstellen. Nach anfänglicher Ablehnung durch die PS, gibt es mittlerweile ein grundsätzliches Bekenntnis dazu, doch sind alle wesentlichen politischen und organisatorischen Details ungeklärt. Am heikelsten scheint dabei die Frage zu sein, wie angesichts der unternehmerorientierten Politik der Regierung eine gemeinsame politische Plattform aussehen soll. Sie müsste sich wohl eher am Programm von 2012, mit dem Hollande gewählt wurde, als an den Träumen einer unternehmerfreundlichen Zentrumspartei orientieren. Um substantielle Verbesserungen am Arbeitsmarkt erreichen zu können, muss dabei wieder die von Merkel mit Zähnen und Klauen verteidigte europäische Austeritätspolitik in Frage gestellt werden. Wie bereits in den vergangenen fünf Jahren bleiben die Entwicklung Europas und die Entwicklung Frankreichs also eng miteinander verzahnt. Ein Einschwenken auf die deutsche Agenda-Politik lässt die Zeitbomben von Arbeitslosigkeit und Ungleichheit in Frankreich weiter ticken und gefährdet die französische Linke nachhaltig, während sie dem FN die Chance böte, ihre Rolle als »nationale« Partei der ArbeiterInnenschaft zu festigen. Fast sinnbildlich erscheint da die Namenswahl von Hollandes PS-Parteisekretär Cambadélis für ein Bündnis der engsten PS-Partner: »La Belle Alliance populaire« steht nicht nur für ein »Bündnis des Volkes«, sondern trägt auch das Hauptquartier Napoleons in der Schlacht von Waterloo im Namen: La-Bel-

le-Alliance. Die Unfähigkeit der bürgerlichen Rechten bietet den Parteien der Linken eine unerwartete Chance das Ruder herumzureißen. Dafür müssen ihre Führungen aber einen Weg finden, die Unzufriedenheit der großen Mehrheit politisch zu befrieden und nicht bestehende Spaltungslinien zu verschärfen und das durch substanzlose Polit-Show kompensieren zu wollen. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. <http://www.lefigaro.fr/politique/le-scan/citations/2016/01/17/25002-20160117ARTFIG00054-valls-repete-qu-hollande-est-le-candidat-naturel-de-la-gauche-pour-2017.php>
2. http://www.liberation.fr/france/2016/01/10/pour-une-primaire-a-gauche_1425509
3. <http://www.lejdd.fr/Politique/Sondage-2017-Hollande-en-mesure-de-faire-jeu-egal-avec-Sarkozy-774295>
4. <http://www.fr-online.de/wirtschaft/frankreich-hollande-macht-den-schroeder,1472780,33820512.html>
5. <http://www.lefigaro.fr/politique/le-scan/2016/02/28/25001-20160228ARTFIG00072-martine-aubry-et-ses-proches-annoncent-leur-retrait-de-la-direction-du-ps.php>
6. http://www.lemonde.fr/politique/article/2016/04/11/loi-travail-manuel-valls-recoit-les-organisations-de-jeunesse-pour-tenter-de-contenir-la-contestation_4899667_823448.html
7. <http://www.lefigaro.fr/conjoncture/2016/04/10/20002-20160410ARTFIG00100-pierre-gattaz-tire-la-sonnette-d-alarme-sur-la-loi-el-khomri>
8. <http://www.rtl.fr/actu/politique/presidentielle-2017-seulement-15-des-francais-souhaitent-une-candidature-de-francois-hollande-7782757523>
9. http://www.liberation.fr/france/2016/04/17/macron-sur-la-bbc-hollande-pourrait-se-retrouver-dans-une-situation-de-gagner_1446790
10. http://www.liberation.fr/france/2016/04/06/macron-lance-en-marche-son-club-pour-aider-hollande_1444448
11. <http://www.lejdd.fr/Politique/En-avril-Manuel-Valls-bat-son-record-d-impopularite-781393>
12. http://www.liberation.fr/france/2016/04/07/en-marche-macron-dans-son-fauteuil-club_1444723
13. http://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2017/article/2016/04/09/fillon-il-sera-tres-difficile-pour-sarkozy-de-se-presenter_4899089_4854003.html
14. <http://cdn-lejdd.ladmedia.fr/var/lejdd/storage/images/media/images/valls41/12510105-1-fre-FR/valls.jpg>



Katalogumschlag, Gestalter Max Bittrof 1929

© Sammlung Friedrich Friedl

»Dem Terror nicht beugen« – das Nittel-Attentat

Am 1. Mai 1981, vor 35 Jahren, wurde der Wiener Stadtrat Heinz Nittel von Terroristen erschossen. Er ist bis heute der einzige Politiker der Zweiten Republik, der einem Anschlag zum Opfer gefallen ist. Mehr als drei Jahrzehnte nach den Schüssen in Hietzing herrscht in Österreich wieder Terrorangst. Die Explosionen in Brüssel am 22. März 2016 haben die Bedrohung unterstrichen, die nunmehr von Seiten radikaler Islamisten kommt. Auch wenn die Nittel-Mörder im Vergleich von einer säkularen Organisation stammten, so gibt es doch viele Parallelen zum Heute: die Brutalität sowie das Kalkül, mit der Verbreitung von Angst und Schrecken einen Politikwechsel zu erzwingen. Der Tod Heinz Nittels stand insofern am Anfang einer längeren Periode von Gewalt, die das bis dahin als »Insel der Seligen« bekannte Österreich nachhaltig erschütterte.

Es hat an diesem Freitag-Vormittag leicht geregnet: Um 06.45 Uhr ist Chauffeur Herbert R. in die Bossigasse in Wien-Hietzing bestellt. Dort sollt er seinen Chef, den Amtsführenden Stadtrat Heinz Nittel, von Zuhause abholen und zum Liebenbergdenkmal im 1. Bezirk bringen. Nittel und seine Gattin wollen sich anschließend in eine Gruppe von Straßenbahnern einreihen, um dann zum »Tag der Arbeit« auf dem Rathausplatz einzuziehen. Doch soweit sollte es nicht kommen. Gegen 7 Uhr kommt Nittel – in grüner Joppe und einem »Bergsteigerhut« – zum Wagen und nimmt am Beifahrersitz Platz. Man wartet noch auf Frau Nittel. Genau in diesem Moment fallen drei Pistolenschüsse aus nächster Nähe.

Der Schütze hatte sich zuvor auf dem Gehsteig zwischen Bossigasse und dem Wohnhaus genähert und mit einer Pistole durch die Scheibe gefeuert. Nittel ist auf der Stelle tot. Der Chauffeur bleibt unverletzt und bekommt alles aus nächster Nähe mit: »Ich sah sofort, dass der Stadtrat am Kopf getroffen wurde. Er rutschte etwas seitlich zu mir und sein Kopf hing etwas nach der linken Seite. [...]

Noch während die Schüsse abgegeben wurden und ich das Fensterglas des Wagens zersplittern hörte, beugte ich mich tief nach vor, um gegen die Schüsse Deckung zu haben.« Der geschockte Fahrer sieht noch einen Unbekannten, der sich eine Kapuze über den Kopf gezogen hatte, weglaufen – »ganz locker, wie ein Jogger«.

»APPARATSCHIK ALS SUPERMANN«

Die Nachricht vom Tode des 51jährigen Stadtrates stieß auf ungläubiges Entsetzen. Auf dem Rathausplatz wurde gegen 08.10 Uhr mitten in den Mikrofonproben verlautbart: »Der heutige Maiaufmarsch der Wiener SPÖ ist abgesagt.« Stattdessen fand eine improvisierte Trauerkundgebung statt. Während die Fahnen auf Halbmast wehten, erklärte Bürgermeister Leopold Gratz, dass es noch zu früh sei, »zu sagen oder auch zu vermuten, was hinter diesem unerklärlichen Mordanschlag steckt. Aber eines sollten wir mit aller Deutlichkeit jenen sagen, denen unser Land und unsere Demokratie am Herzen liegt: Erkennen wir, dass das eine Mahnung ist an alle, die in der politischen Auseinandersetzung die extreme Personalisierung und nicht nur die politische Gegnerschaft, sondern den politischen Hass erzeugen.«

Gratz spielte darauf an, dass Nittel in seiner Eigenschaft als Wiener Verkehrsstadtrat nicht unumstritten gewesen war. Eine von ihm befürwortete Flötzersteig-»Autobahn« hatte Proteste hervorgerufen. Der Stadtrat erhielt Drohbriefe. Von diesen Querelen abgesehen galt Nittel als pragmatischer Macher. Der Nichtraucher, Anti-Alkoholiker und Präsident der Arbeiterfischer saß seit 1976 in der Stadtregierung. Ab 1979 war er für die Geschäftsgruppe Straße, Verkehr und Energie zuständig. profil-Journalist Alfred Worm bescheinigte Nittel einmal den »politischen Charme einer Kläranlage«, streute dem »Realist(en) im sozialistischen Wiener Rathaus« aber gleichzeitig Rosen: »Apparatschik als Supermann«.

Warum nun ausgerechnet Nittel einem Mord zum Opfer gefallen war, darauf konnte sich zunächst niemand einen Reim machen. Bundeskanzler Bruno Kreisky dachte gar an ein Attentat der Wiener Unterwelt – auf der Mariahilfer Straße war er im Dienstwagen einmal selbst in einen Schusswechsel geraten. Der damalige Innenminister Erwin Lanc erinnert sich noch heute an die aufgeregte Stimmung: »Es ist alles Mögliche herumgeraten worden. Ein Kolumnist ist ganz aufgeregt zu mir gekommen: Da waren vorher einige Demonstrationen von 15- bis 17-jährigen, die ›Keine Macht für Niemanden‹ gefordert haben. Und mir hat man den Vorwurf gemacht, dass ich nicht entsprechend dreinhauen habe lassen. Der Journalist hat mich gefragt: ›Waren das nicht die?‹ Und ich habe gesagt, ›das waren sie sicher nicht.‹ Daraufhin hat er geschrieben: ›Was ist das für ein Innenminister, der weiß schon jetzt, wer es nicht war, er soll wissen wer es war.«

KREISKYS NAHOSTPOLITIK UND IHRE FEINDE

Schon am 3. Mai 1981 war ein obskures Bekennerschreiben einer palästinensischen Terrorgruppe eingelangt, das in der Debatte lange bagatellisiert wurde. Dabei hatte die Spur Substrat: Der konfessionslose Nittel war ab 1978 Präsident der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft (ÖIG) und Mitbegründer des Jewish Welcome Service. Er trat für Solidarität mit Israel ein – was ihn mitunter in Gegensatz zu Kreisky brachte, der mit der Sache der Palästinenser sympathisierte. Dieses Engagement Kreiskys verfolgte auch das Ziel, präventiv Sicherheit zu schaffen. Denn als Transitland für die jüdische Emigration aus dem Sowjetblock nach Israel war Österreich damals in den Nahostkonflikt involviert: Mehrmals hatten arabische Terrorgruppen Geiselnahmen von Auswanderern geplant oder durchgeführt. Daher stärkte Kreisky dem als »gemäßigt« geltenden Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO), Jassir Arafat, den Rücken.

1976 hatte der Bundeskanzler, von einer Nahost-Reise zurück, seine Strategie im Rahmen einer Pressekonferenz umrissen – es sei wesentlich, die PLO aus dem Untergrund »ins Licht der vollen Verantwortung« zu holen: »Sie hat jetzt bei den Vereinten Nationen Beobachterstatus und kann nicht mehr ignoriert werden. In dem Maße, in dem sich eine solche Organisation aber Gehör verschaffen kann, ist für sie Terror nicht mehr notwendig.« Von der OPEC-Geiselnahme habe sich die PLO ohnedies glaubwürdig distanziert: »Der Überfall sei von der sogenannten ›Front der Ablehnung‹ begangen wor-

den.« In den darauffolgenden Jahren protegierte Kreisky einen geheimen Dialog zwischen PLO-Emissären und der israelischen Friedensbewegung. Er sorgte für die Vernetzung von PLO-Repräsentanten mit Entscheidungsträgern der Sozialistischen Internationale (SI) und fungierte als Gastgeber für die ersten Empfänge Arafats auf dem diplomatischen Parkett. Vor allem aber erkannte Österreich als erster westlicher Staat die PLO 1979 offiziell an, um damit eine internationale Vorbildwirkung zu entfalten. Auf diese Weise sollte es Arafat möglich sein, die innerlich zersplitterte PLO hinter einer friedlichen Lösung des Konfliktes zu vereinen und letztlich auch Terror von Österreich fernzuhalten.

Doch diese Rechnung ging nicht auf: Unterstützt von Syrien, Irak und Libyen wollte der PLO-Abtrünnige Sabri al-Bana – genannt Abu Nidal (»Vater des Schreckens«) – jede Entspannung verhindern. Und deshalb traf sein stark antisemitisch motivierter Terror gerade auch Länder wie Österreich, die sich um Vermittlung bemühten. Seit Ende der 1970er-Jahre befanden sich hier »Schläfer« der Abu-Nidal-Organisation (ANO). Einer von ihnen war der 1960 in Bagdad geborene Husham Rajih. Auf der Suche nach »zionistischen Zielen« in Österreich fiel Rajih am 24. Februar 1981 eine Kurzmeldung in der Arbeiter-Zeitung auf. Darin wurde über einen Tel Aviv-Besuch Nittels in seiner Eigenschaft als ÖIG-Präsident berichtet. Rajih verständigte seinen Führungsoffizier, der den Vorschlag an die Zentrale der Abu-Nidal-Organisation in Bagdad weiterleitete.

Ungefähr nach einer Woche kam das Okay. »Nittel«, so Rajih später bei einer Vernehmung, »war aus verschiedenen Gründen ein interessantes Ziel für uns, da er einerseits Präsident der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft war, weiters ein sozialistischer Politiker war, der nach unserer Ansicht der österreichischen Vermittlertätigkeit PLO-Israel einen Anteil hatte und zusätzlich seine internationale Bedeutung nicht so groß war, dass ein Negativeffekt wie ja allenfalls bei Kreisky zu befürchten war.«

Bevor Rajih zuschlug, hatte er die Lebensgewohnheiten Nittels ausgekundschaftet – weil ihm die Telefonauskunft zunächst keine Adresse geben wollte, besuchte er eine Bekannte an ihrem Büroarbeitsplatz. Dort nutzte Rajih eine Gelegenheit, um über das Firmen-Telefon anzurufen. Diesmal klappte es, und er bekam die Info. Der »Tag der Arbeit« wurde dann

von Rajih bewusst als passender Zeitpunkt für das Attentat ausgewählt, »weil wir annahmen, dass Nittel bei den diversen Maifeiern anwesend sein würde und daher irgendwann sein Haus verlassen musste.« So war es dann auch.

»WARNUNG AN KREISKY«

Am 25. Mai 1981 konnte das Nachrichtenmagazin profil mit einer sensationellen Meldung aufmachen. Das Magazin hatte nach Bekanntwerden des ersten Bekennerflugblattes eine freie Journalistin damit beauftragt, im Nahen Osten zu recherchieren. Über Quellen bei der PLO in Beirut gelang es Renate Possarnig, mit der ANO in Kontakt zu treten. Sie führte mit drei Mitgliedern in deren offiziellen Büro in Damaskus ein zweistündiges Interview. In dessen Verlauf bekannten sich die ANO-Leute zum Mord an Nittel: »Die Gründe, die uns veranlasst haben, diesen Mann hinzurichten, sind: Er hat Aktivitäten gegen die Palästinenser in Wien unternommen. Zweitens: Er hat Spionage gegen die Palästinenser betrieben. Drittens: Er hat die Rolle eines Vermittlers zwischen Personen in der Führung der PLO und den Zionisten übernommen. Nittel hat Zusammentreffen in Wien und außerhalb Wiens arrangiert. Das betrachten wir als aggressive Handlung.« Possarnigs Gesprächspartner sprachen von einer »Warnung an Kreisky« und kündigten an, auch den Bundeskanzler zu töten, falls dieser seine »Vermittlertätigkeit zwischen Israel und der PLO nicht einstellt« – »Wenn er seine Verschwörungen gegen das palästinensische Volk nicht aufgibt, werden wir auch ihn umbringen.«

Lässt man die völlig abstrusen Rechtfertigungsversuche außer Acht, so war das Kalkül der Terroristen klar. Am 16. Juni 1981 berichtete Lanc der Regierung zum diesbezüglichen Ermittlungsstand: »Es ist jetzt eindeutig erwiesen, dass es sich um die Terrorgruppe Abu Nidal, die vom Irak gesponsert wurde, handelt. Die PLO hat Abu Nidal selbst zum Tode verurteilt. Der Irak hat sich dann auch von dieser Terrorgruppe zurückgezogen, deren Operationssitz und die Unterstützung finanzieller Art erfolgt jetzt in Syrien. Das erklärte Ziel ist es, PLO-Botschafter, Moderate, Arafat, Nittel und Kreisky zu ermorden. Nittel hat bei einer Pressekonferenz im Februar dieses Jahres in Israel mitgeteilt, dass es ihn freut, dass immer mehr wachsende Verhandlungsbereitschaft Israels zu einer friedlichen Lösung vorliegt. Genau aber eine friedliche Lösung will diese Terrorgruppe unter gar keinen Umständen.« So notierte es ein Sitzungsteilnehmer, Handels- und Indust-

rieminister Josef Staribacher, in sein Tagebuch. Die erwähnte Drohung gegen das Leben Kreiskys war ernst – »seit Anfang Juni 1981 bestehen Informationen«, dass die ANO »ein Attentat gegen den österreichischen Bundeskanzler durchführen will«, heißt es in einem staatspolizeilichen Schreiben, das direkt an den Kabinettschef ging. Um »optimale Sicherheit« auch im Bundeskanzleramt zu gewährleisten, würden seit dieser Zeit »verschärfte Kontrollen« durchgeführt. Allerdings seien bei den Pressegesprächen im Anschluss an den Ministerrat auch Journalisten anwesend, die »unbekannt« wären – und weil Kreisky dafür bekannt sei, »auf Tuchfühlung« zu gehen, ergäben sich daraus »Probleme«. Daher wurden »ansteckbare Legitimationen« angeregt. Aber nicht nur der Arbeitsplatz des Bundeskanzlers wurde gesichert, auch rund um dessen Privatwohnung in der Armbrustergasse zog man einen engen Kordon.

ANSCHLAG AUF DIE WIENER SYNAGOGE

Der Polizei ins Netz ging der Nittel-Attentäter Rajih am 29. August 1981 – als er gemeinsam mit dem 25jährigen Palästinenser Marwan Hassan versuchte, in den Wiener Stadttempel einzudringen. Wäre dies den beiden ANO-Leuten gelungen, hätten sie ein Massaker unter den Gläubigen angerichtet, die sich gerade zur Bar-Mizwah-Feier für den zwölfjährigen Sohn eines »Schöps«-Teilhabers versammelt hatten. Glück im Unglück war, dass die Tempelwächter das Tor noch geistesgegenwärtig verschlossen. Vor dem Gebäude wiederum hatte der anwesende »Schöps«-Besitzer seinen Leibwächter zurückgelassen. Dieser 28jährige Mann schoss zurück, als die beiden Terroristen auf eine Menschenansammlung vor der Synagoge feuerten und Handgranaten warfen. Während sein Kollege schwer verletzt zusammenbrach, konnte Rajih noch ein paar Gassen weiter flüchten, bis ihn ein Polizist stellte. Die Opferbilanz betrug zwei Tote und 22 Verletzte. Ein paar Wochen später, am 28. Oktober 1981, klickten dann auch für den ANO-Führungsoffizier Bahij Younis in seinem Salzburger Versteck die Handschellen.

Falls die Terroristen geglaubt hatten, sie könnten Kreisky zu einer Haltungsänderung zwingen, lagen sie falsch. Am 1. September 1981, wenige Tage nach dem Synagogenanschlag, protokollierte Staribacher folgende Aussage des Bundeskanzlers: »Obwohl er keine Vermittlerrolle anstrebt, denn dazu müssten ihn ja beide also auch die Israeli ersuchen. Er wird keine opportunistische Politik machen, er hält die Idee nicht

dabei zu sein, sozusagen sich zu distanzieren falsch. [...] Kreisky meint, was immer er gesagt hat, ist ihm auch recht, er will niemanden auf seine Politik binden, doch er wird sie wie bisher fortsetzen. Kreisky meint auch, die Regierungsmitglieder sollten darüber berichten, wenn sie sich damit nicht identifizieren können, ist es ihm auch recht, wenn man sozusagen schweigt. Für Österreich hat diese arabisch-freundliche Politik große wirtschaftliche Vorteile. Die Araber sind nicht nur mit zwei Drittel die Energielieferanten der Welt, sondern auch die größten Weltgeldgeber. Schon aus diesen wirtschaftlichen Gründen können die Araber daher nicht politisch unterlegen. Seine Politik sei nicht Rechthaberei und schon gar nicht Altersstarrsinn, sondern durch diese ökonomische, aber auch politische Situation begründet und werde fortgesetzt.«

»ICH WERDE MICH NICHT BEUGEN«

Nicht viel anderes argumentierte Kreisky, als ihn ein Journalist provokant fragte, ob nicht die Nahostpolitik für den Tod von Nittel und der beiden Opfer des Synagogenanschlags verantwortlich sei: Eben weil er über gute Kontakte in den Nahen Osten verfüge, sei Österreich bislang vom Terror verschont geblieben: »Es gibt Hunderte Menschen, die heute am Leben sind, weil wir diese Politik betrieben haben. Vergessen Sie nicht, welche Bürde wir auf uns genommen haben, als wir uns bereit erklärten, russischen Juden die Ein- und Weiterreise zu ermöglichen.« Den Einwand des Redakteurs, wonach dies wohl eine »Selbstverständlichkeit« sei, ließ Kreisky nicht stehen: »Ja, aber den Umstand, dass es bisher keinen einzigen Toten gegeben hat – wobei ich nicht weiß, was die Zukunft bringen wird –, buche ich nicht zuletzt darauf, dass es dieses gute Verhältnis zur PLO gegeben hat.« Der Zukunft sehe er allerdings »mit großer Besorgnis« entgegen, mahnte Kreisky: »Wir stehen am Anfang einer neuen Terrorwelle« und fügte im kämpferischen Ton hinzu: »Ich werde mich nicht beugen, ich weiche nicht der Gewalt«. Mit letzterem Hinweis meinte Kreisky seine eigene nahostpolitische Linie gegenüber der PLO, an der auch dann festzuhalten sei, »wenn damit gewisse Gefahren verbunden sind« – »man kann nicht sozusagen den Extremisten recht geben und sich von ihnen einschüchtern lassen.« Kreisky hielt hier auch Wort, wenngleich er Arafat zunehmend illusionslos gegenüberstand. Nach seinem Rücktritt 1983 wurde die aktive Nahostpolitik allerdings schrittweise aufgegeben. Mit dem Wechsel des Außenamts zur ÖVP (1987) erfolgte eine grundsätzliche Neuorientierung hin zu europäischen Belangen.


EIN UNGESÜHNTER MORD

Was im Falle der inhaftierten ANO-Attentäter weiters geschah, ist kein Ruhmesblatt für den Rechtsstaat: Anfang 1982 wurden Rajih und Hassan je zu Lebenslang verurteilt. Rajih, den man auch wegen des Mordes an Nittel angeklagt hatte, wurde hier »nur« wegen Beihilfe verurteilt. Dass die Geschworenen zu diesem Schluss kamen, hing damit zusammen, dass Rajih sein ursprüngliches Geständnis widerrufen hatte (»Ich habe lediglich die Tat selbst nicht getan«). Der Prozess gegen Younis musste gleich dreimal wiederholt werden – 1984 kassierte er wegen »entfernter Mittäterschaft« 20 Jahre Haft. Hinter den Kulissen lief danach ein schmutziges Spiel ab: Abu Nidal wollte vor allem Younis freipressen. Ende 1985 griff seine Organisation den El-Al-Schalter in Wien-Schwechat an – wiederum starben vier Menschen und 39 wurden verletzt.

Um weiteres Blutvergießen zu verhindern, vereinbarte man einen »Waffenstillstand«: Zwecks Betreuung »gefangener Kameraden« wurde es der ANO erlaubt, unter strengster Geheimhaltung einen »Botschafter« in Wien zu platzieren. Bis 1993 kamen abwechselnd fünf ANO-Leute. Die zugewiesene Wohnung, zuerst in der Koppstraße, dann in der Viaduktgasse und schließlich in der Geblergasse, wurde »rund um die Uhr« überwacht. Anschläge ereigneten sich keine mehr. Auch gelang es, Forderungen nach vorzeitiger Entlassung von Younis auf die lange Bank zu schieben. Erst nachdem er zwei Drittel seiner Strafe abgesessen hatte, durfte er 1995 das Gefängnis verlassen. Rajih hingegen wurde 1994 an Belgien überstellt, weil er in Verdacht stand, dort einen PLO-Vertreter ermordet zu haben. Die Verdachtslage war dünn. Trotzdem wurde er ohne Bedingungen ausgeliefert. 1996 ging Rajih tatsächlich frei und tauchte prompt im Nahen Osten unter – der Mord an Heinz Nittel ist damit ungesühnt.

HEUTE: SCHRANKENLOSER TERROR

Heute ist Österreich wieder vom Terror bedroht. Die Attentate der ANO waren war noch zum Teil von staatlichen Hintermännern gesteuert und sollten ein bestimmtes Ziel durchzusetzen – Österreich, davon abschrecken, sich für eine Friedenslösung in Nahost starkzumachen. In den mehr als drei Jahrzehnten seitdem ist Terrorismus zu einer Bedrohung für »alle« geworden – niemand soll sich mehr sicher fühlen. Zuletzt wurden in Paris (2015) und Brüssel (2016) Menschenansammlungen im öffentlichen Raum zum Ziel konzertierter

Attacken mit der Absicht wahllose Massenverluste anzurichten. Hier wird deutlich, in welchem Umfang sich der Terrorismus seit 1981 entgrenzt hat: Bei der Gewalt gibt es keine Beschränkung mehr, und das Kalkül dahinter hat sich zur Provokation eines apokalyptischen »Kriegs der Zivilisationen« verschwommen. 

THOMAS RIEGLER

ist Historiker in Wien und Experte
für die Geschichte des Terrorismus.



Happy Branding, 2016
© Eike König

Von der Tragödie zur Farce

Aus der Perspektive eines Zeitzeugen bezieht sich Heinz Kienzl auf das Interview mit Georg Tidl in ZUKUNFT 02/2016 und skizziert dabei auch die Entwicklung des österreichischen Nationsbewusstseins, das ja der Burschenschaft des FPÖ-Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten besondere Probleme bereitet.

Karl Marx kritisierte Hegel, der geschrieben hatte, in der Historie geschehen Tragödien zwei Mal. Marx fand, dass nach der Tragödie sich etwas als Farce wiederhole und er meinte die Staatsstrieche von Napoleon I. und Napoleon III. So etwas finden wir auch in unserer Vergangenheit.

Es ist das Schicksal der Sozialdemokratie, dass sie für die Katastrophen, die die Rechtsradikalen verursacht haben, einstehen muss. Das war nach dem I. Weltkrieg so in Deutschland und Österreich und nach dem II. Weltkrieg. Die Bereinigung der Kärntner Schulden, verursacht von Haider und Schüssel, müssen nun Peter Kaiser und Gabriele Schaunig bereinigen und den Karren aus dem Dreck ziehen. Das erinnert mich an einen Versprecher, der unserem Parteiobmann Dr. Schärf am Parteitag 1947 passiert ist: Er wollte offensichtlich sagen, nach dem, was die Nazis uns eingebrockt haben, können wir den Karren aus dem Dreck ziehen, sagte aber »wir können den Dreck aus dem Karren ziehen«!

Vielleicht war das ein Freud'scher Versprecher und er dachte an den geistigen Müll, den wir aus den Köpfen der Österreicher entsorgen mussten. Heute wundert man sich oft, wieso in der unmittelbaren Nachkriegszeit die verbrecherischen Euthanasieoperationen am Spiegelgrund so pardonierte wurden. Damals war eben noch die Einstellung aus der Nazi-Zeit vorhanden und der Begriff des »unwerten Lebens« existierte noch.

PERSÖNLICHE ERFAHRUNGEN

Einmal war ich erfolgreich, einem ss-Mann eine Gehirnwäsche zu verpassen. Es war der 1. Mai 1945, als wir den Befehl hatten, Lebensmittel von Aschach zu den Verteidigungsstel-

lungen des Volkssturms nach Engelhartzell zu bringen. Am halben Weg nach St. Georgen an der Gusen stoppten uns zwei ss-Männer und bestiegen unseren LKW. Sie setzten sich hin und auf einmal begann der eine so halblaut mit sich zu reden. »Der Führer hat uns versprochen, im Kampf zu fallen und jetzt hat er Selbstmord begangen! Wie kann man da weiterleben...!«

Auf einmal hatte er einen Revolver in der Hand, ich dachte mir, »Was passiert mit uns, wenn der sich jetzt umlegt?« und ich begann auf ihn einzureden: »Hitler ist tot, aber das deutsche Volk muss leben und weiterleben« und so weiter in dieser Tonart... Ich wusste nicht, hört er mir jetzt zu, er hatte noch immer den Revolver in der Hand und in der Not fiel mir ein, »denk an die Frauen und Kinder deiner gefallenen Kameraden«, da steckte er den Revolver ein, sagte »Danke Kamerad!«, stoppte den LKW und verschwand mit dem zweiten ss-Mann im Wald.

Weniger erfolgreich war ich beim Versuch einer Gehirnwäsche bei einer Wahlveranstaltung bei den Hochschulwahlen 1946. Da der Verband Sozialistischer Studenten keine Mitglieder an der Veterinärmedizinischen hatte, musste der Propagandareferent ausrücken und selbst die Wahlrede halten. Weit kam ich allerdings nicht, Pfiffe und Buhrufe stoppten mich bald und ich dachte mir, da haben sich doch noch eine Menge NS-Führungsoffiziere retten können und ich dachte, die hätten doch mit Freude für Volk, Reich und Führer krepieren können.

DER ANTISEMITISMUS

Den entscheidenden Schlag gegen den Antisemitismus, der schon vor dem Anschluss in Österreich weit verbreitet war,

bereitete das Bekanntwerden der Nazi-Gräueltaten im Osten. Das war, wie ich selbst erleben konnte, für viele ein Schock. Die Juden nach Polen aussiedeln, ja, aber Männer, Frauen und Kinder gleich umbringen, das war Wahnsinn!

1968, als Bruno Kreisky als Parteiobmann gewählt worden war, sagte er mir bei einem Gespräch unter vier Augen: »Ich kann in Österreich bei meiner Herkunft alles Mögliche werden, aber nicht Bundeskanzler!« Ich sagte, dass müsste man zuerst doch erforschen, na dann forsche, sagte Kreisky! Und die sws stellte die Frage: »Kann ein Österreicher jüdischer Herkunft Ihrer Meinung nach Bundeskanzler werden?« 15 % verneinten es. In Tirol waren es aber 15 % die meinten, ein Evangelischer, also ein Ketzer, kann auch nicht Bundeskanzler werden.

Ernst Gelmacher konnte in den 1980er-Jahren in einer breit angelegten Studie die antisemitische Einstellung in Österreich erforschen. 8% zeigten offen eine judenfeindliche Einstellung, denn sie bejahten die Frage: »Wenn man einem Juden die Hand gibt, hat man ein unangenehmes Gefühl?«. Gelmacher maß dieser Frage große Trennschärfe zu.

DAS NATIONALBEWUSSTSEIN

Eine Frage von großer Trennschärfe für die Ablehnung von NS-Ideologien war die Frage: »Sind wir Österreicher eine Nation?« In den frühen 1960er-Jahren waren die Freiheitlichen der Auffassung, die österreichische Nation ist eine ideologische Missgeburt. Später entwickelte Haider ein besonderes Nationalbewusstsein, denn man kann ihm zubilligen, dass er ein gutes Gespür für die Einstellung seiner Wähler hatte. Als wir diese Frage 1965 zum ersten Mal stellten, waren 48% der Meinung, wir seien eine Nation, 1995 waren es 73%. Und als wir in einer Untersuchung der Nazi-Ideologie die Frage stellten: »Haben wir Österreicher nicht genug Lebensraum?« wussten die Befragten mit der Fragestellung überhaupt nichts anzufangen und die Frage bejahten, meinten, bei den Gemeindebauten sind die Wohnungen zu klein.

DIE WALDHEIM-AFFÄRE – DIE FARCE


In der Februar-Nummer der ZUKUNFT wird die Waldheim-Affäre eingehend behandelt und die einschlägigen Aktionen als ein Aufräumen mit der österreichischen Vergangenheit gefeiert. Dass die Politiker der unmittelbaren Nachkriegszeit die Aussage der Moskauer Deklaration, dass Österreich das erste Opfer der Hitler-Aggression war, mit Dankbarkeit aufgriffen, wird noch immer kritisiert. Schön blöd wären wir alle gewe-

sen, wenn wir diesen Strohhalm zur Wiederherstellung eines freien Österreichs nicht ergriffen hätten. Damals waren ein Drittel der Abgeordneten zum Nationalrat KZ-Opfer. Und die durften sich nicht als Opfer sehen!

1986 nahm ich an einer Tagung des Währungsfonds in New York teil, vom Kongress zum Hotel chauffierte mich ein Afroamerikaner, der mich fragte, woher ich sei. Ich sagte Austria! Und er sagte: »Ah! Waldheim!« Darauf ich: »OK, Waldheim is a whimp, but not a War Criminal!« »Don't worry!«, meinte er, »My President is a murderer, a rapist and a burglar!« Es stellte sich heraus, dass mein Chauffeur aus Mogadischu war und mich trösten wollte. Der Generalsekretär Singer des Jewish World Congress sah Waldheim auch nur als »whimp« und sagte mir: »Wir haben Waldheim bekämpft, weil er den Arafat mit einem Revolver bewaffnet in die Generalversammlung der UNO kommen ließ und was wir ihm dann an Schwierigkeiten bereitet haben, sollte eine Warnung an künftige Generalsekretäre der UNO sein!« Waldheim hat auch durch Aussagen, die sich als rechter Stolperstein erwiesen hatten, sich selbst sehr geschadet. Er erklärte von der Verschickung der Juden aus Griechenland nichts gewusst zu haben und dabei war er Oberleutnant im Stab.

Ich war 1944 am Flughafen Vöslau, um gemeinsam mit meinen Kameraden der Technischen Nothilfe Bombenschäden am Flughafen aufzuräumen. Ein Angehöriger des Bodenpersonals der Luftwaffe sagte mir: »Jetzt bringen sie ungarische Juden, schaut, dass ihr ein paar Dutzend als Helfer bekommt, und zwar solche die Deutsch können! Vielleicht könnt ihr ihnen helfen!« Daraus wurde nichts, unser Kommandant sorgte dafür, dass wir für unser Ansinnen strafweise nach St. Georgen an der Gusen versetzt wurden. Also, ein einfacher Soldat wusste von Judenverschickungen und der Herr Oberleutnant wusste nichts? Dann gab es die unsägliche Aussage, dass er nur seine Pflicht erfüllt hätte, wie Millionen andere Soldaten. Warum hat er nicht die Wahrheit gesagt, dass er nur wie Millionen andere nichts als überleben wollte? Er dachte, mit dem schönen Spruch der Pflichterfüllung, die Wählerstimmen der Kriegswitwen für seinen Präsidentschaftswahlkampf zu gewinnen.

Die Rede, die Bundeskanzler Vranitzky 1991 im Parlament hielt und in der er die Mitschuld der Österreicher an Verbrechen im II. Weltkrieg ins rechte Licht rückte, halte ich für das richtige Schlusswort. Ich habe auch ein gewisses Verständnis, dass eine Generation, die an der Überwindung

der größten Katastrophe unserer Nation nicht mehr Anteil nehmen konnte, weil die Hauptarbeit schon von der früheren Generation geleistet worden war, noch etwas beitragen möchte. Aber verglichen mit dem Wiederaufbau ist das nur ein Frühjahrsputz. 

HEINZ KIENZL

war Generaldirektor und Vizepräsident der öNB und ist Obmann der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (sws).



Werbemarke Batschari Sleipner Zigaretten

© Sammlung Albinus

Wirtschaft, Zuwanderung & Populismus



Sahra Wagenknecht
REICHTUM OHNE GIER

Es ist Zeit für eine kreative, innovative Wirtschaft mit kleinteiligen Strukturen, mehr Wettbewerb und funktionierenden Märkten, statt eines Wirtschaftsfeudalismus, in dem Leistung immer weniger zählt. Sahra Wagenknecht fordert eine andere Verfassung des Wirtschaftseigentums, die Demokratisierung des Zugangs zu Kapital und die Entflechtung riesiger Konzerne.

CAMPUS VERLAG, 292 Seiten, 20,80 Euro



Konrad Ott
ZUWANDERUNG UND MORAL

»Jeder Bedrohte muss aufgenommen werden!« – »Wie sollen wir mehr als eine Million Flüchtlinge bewältigen?« Die Flüchtlingsdebatte pendelt zwischen der gesinnungsethischen und der verantwortungsethischen Position hin und her. Konrad Ott vergleicht beide Ansätze und bietet damit ethische Orientierung über unsere moralische Verantwortung in der Flüchtlingsfrage.

RECLAM VERLAG, 94 Seiten, 6,20 Euro



Jan-Werner Müller
WAS IST POPULISMUS?

Wer wird heute nicht alles als Populist bezeichnet: Gegner der Eurorettung, Figuren wie Marine Le Pen, Politiker des Mainstream, die meinen, dem Volk aufs Maul schauen zu müssen. Vielleicht ist ein Populist aber auch einfach nur ein populärer Konkurrent, dessen Programm man nicht mag, wie Ralf Dahrendorf einmal anmerkte? Lässt sich das Phänomen schärfer umreißen und seine Ursachen erklären?

SUHRKAMP VERLAG, 160 Seiten, 15,50 Euro



Jonas Helbig
DER OPPORTUNIST

Opportunisten lösen Empörung und Bewunderung zugleich aus. Sie gelten als prinzipienlose, den eigenen Vorteil suchende Anpasser genauso wie als Meister im Ergreifen der günstigen Gelegenheit, der opportunity. Dieser Doppeldeutigkeit spürt Jonas Helbig nach. In den Blick gerät so eine Geschichte, die im 19. Jahrhundert beginnt, bis heute anhält und sich in den Bereichen Strafrecht, Ökonomie und Politik abspielt.

WILHELM FINK VERLAG, 326 Seiten, 25,60 Euro



M. Custodis, A. Riethmüller (Hsg.)
DIE REICHSMUSIKKAMMER

Die Reichsmusikkammer war eine Institution, die das Musikleben im nationalsozialistischen Deutschland zentralistisch verwaltet hat. Um die Strukturen und Aufgaben sowie das Personal dieser Einrichtung besser verstehen zu können, hinterfragen die Autoren und Autorinnen am Beispiel prominenter Protagonisten die Spielräume und Grenzen von Kunst während des Dritten Reichs.

BÖHLAU VERLAG, 264 Seiten, 32,00 Euro



Hans Woller
MUSSOLINI

Mussolini war der erste Faschist, doch hat man ihn lange als Hitlers harmlosen Bruder wahrgenommen. Hans Woller zeichnet nun ein Bild, das viele überraschen wird: wegen Mussolinis Rassismus, seines Antisemitismus und der Schreckensbilanz seines Regimes. Ungeschönt und anschaulich wird das Leben Mussolinis erzählt, der die totalitäre Massendiktatur erfand.

C. H. BECK VERLAG, 397 Seiten, 27,80 Euro

Väter, Söhne & Freundschaft



Richard Yates
COLD SPRING HARBOR

Aus dem Englischen von T. Gunkel. Charles und Grace Shepard leben in den 1940er-Jahren im Städtchen Cold Spring Harbor auf Long Island. Sie sorgen sich um Sohn Evan, der nach einer wilden Pubertät und einer früh gescheiterten Ehe nicht recht auf die Beine kommt. Da lernen sie zufällig Familie Drake kennen. Ein Roman über Väter und Söhne, Mütter und Töchter, die Liebe und die Fehler der Jugend.
DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT, 240 Seiten, 20,60 Eur



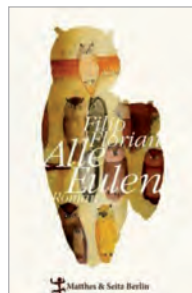
Charles Lewinsky
ANDERSEN

Jonas war ein seltsames Baby. Er weinte selten, übte wie besessen motorische Fähigkeiten; und seine Eltern glaubten sogar manchmal, den wissenden Blick eines Greises in seinem Gesicht zu entdecken. Als Jonas jedoch ein einziges Mal einen Menschen zum Freund haben will, ist sein Schicksal besiegelt: denn eine Regung des Guten erträgt das Böse nicht. Die Geschichte eines Mannes, der viele Chancen bekommt.
NAGEL UND KIMCHE, 400 Seiten, 25,60 Euro



Lars Gustafsson
DOKTOR WASSERS REZEPT

Aus dem Schwedischen von Verena Reichel. Dieser Mann ist ein Gewinner. Deshalb vertreibt er sich, gerade achtzig geworden, die Zeit mit Preisausschreiben. Vor allem aber lebt er in seinen Erinnerungen. Schon in der Schule war seine Liebe zu den Frauen groß. Er arbeitete in einer Reifenwerkstatt und als Fensterputzer, bis er eines Morgens die Papiere eines tödlich verunglückten Motorradfahrers fand.
CARL HANSER VERLAG, 144 Seiten, 18,40 Euro



Filip Florian
ALLE EULEN

Aus dem Rumänischen von Georg Aesch. Ungleiche Freunde sind Luca, der Junge aus der Kleinstadt, und Emil, der nach einem bewegten Leben in Bukarest in der Provinz landet. Emil öffnet Lucas Blick und Geist für Literatur und Musik, Luca schenkt ihm seine Neugierde und liefert den letzten Dorfklatsch. In den Nächten des Karpatensommers streifen die beiden durch die Wälder.
MATTHES UND SEITZ BERLIN, 213 Seiten, 20,50 Euro



Thomas Glavinic
DER JONAS-KOMPLEX

Die Summe eines Jahres, der Querschnitt eines Lebens, das Abenteuer der Liebe. Ein Jahr im Leben eines Wiener Schriftstellers, zwischen Drogen, Alkohol und Frauen. Ein Abenteuer, das Jonas und seine große Liebe Marie bis zum Südpol führen soll. Und ein dreizehnjähriger Junge, der leidenschaftlich Schach spielt, um seinem Alltag zu entfliehen. Dazu Nebenfiguren wie aus einem Tarantino-Film.
S. FISCHER VERLAG, 752 Seiten, 25,70 Euro



Etgar Keret
DIE SIEBEN GUTEN JAHRE

Aus dem Englischen von Daniel Kehlmann. In diesem Buch erzählt der israelische Autor Etgar Keret von seinem Leben als Vater und als Sohn. Es sind glückliche und einzigartige sieben Jahre: Angry Birds und Raketenangriffe, alles muss man dem Kleinen erklären, den man beschützen will, wie man selbst behütet wurde; und langsam wird man zum Hüter des eigenen Vaters.
S. FISCHER VERLAG, 224 Seiten, 20,60 Euro

Unterstützt Matteo Renzi EU-Vorschläge!

Italiens Premierminister Matteo Renzi geht der EU-Politik gehörig auf die Nerven. Dies nicht nur beim EU-Türkei-Abkommen, bei dem er zu Recht darauf hinweist, dass die EU-Länder, die die Hauptlast der Flüchtlingsbewegungen tragen, kaum Unterstützung durch die Union erhalten, sondern auch bei im engeren Sinn wirtschaftlichen Fragen.


Anfang April stellte die italienische Regierung gemeinsam mit sieben anderen Mitgliedsländern der Währungsunion die Berechnung des Potentialoutputs und damit des strukturellen Budgetdefizits durch die Europäische Kommission infrage. Diese Berechnungen sind von höchster politischer Relevanz, weil damit der Grad der Austerität der Budgetpolitik bestimmt wird. Italien hat das strukturelle Budgetdefizit in erstaunlichem Ausmaß verringert, von etwa vier Prozent der Wirtschaftsleistung 2009 auf nur noch ein Prozent 2015. Bereinigt um Zinszahlungen für die Staatsschuld macht das Land sogar laufende Budgetüberschüsse. Das obwohl es sich in einer extremen Wirtschaftskrise befindet: Die reale Wirtschaftsleistung ist seit Beginn der Finanzkrise 2007 um zehn Prozent zurückgegangen (Österreich: plus fünf Prozent), die Arbeitslosenquote verharrt bei fast zwölf Prozent der Erwerbspersonen ohne Aussicht auf rasche Besserung.

Matteo Renzi weiß, dass die italienische Wirtschaft dringend Impulse braucht, um aus der Krise zu kommen und die Massenarbeitslosigkeit zu verringern. Doch das notwendige Geld für Steuersenkungen und Erhöhung investiver Ausgaben wird ihr durch ökonomisch unsinnige Fiskalregeln der EU vorenthalten.

Keine zwei Wochen zuvor forderte Renzi von den Eurozonen-Ländern mit Außenhandelsüberschüsse diese rasch zu reduzieren. In Deutschland erreicht der Saldo der Leistungsbilanz bereits acht Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung,

in den Niederlanden fast zehn Prozent und selbst in Österreich mehr als drei Prozent. Wenn aber die einen Länder ihre Überschüsse weiter erhöhen und die anderen Länder gleichzeitig ihre Defizite verringern, dann kommt es insgesamt zu einem Ausfall an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und einer Verschärfung der Krise in der Eurozone. Deutschland und die anderen Überschussländer, so fordert Renzi zu Recht, müssen endlich ihre Binnennachfrage ausweiten, damit die Eurozone und vor allem die Südländer aus der Krise kommen können.

Man kann Matteo Renzi zu Recht seinen lächerlichen Hang zu medialer Inszenierung und seinen ärgerlichen Blairismus vorwerfen, wie das zuletzt Perry Andersson in einem brillanten Essay über das italienische Desaster getan hat. Doch der Mann versucht wenigstens das Ruder herumzureißen und Italien aus der jahrzehntelangen politischen und wirtschaftlichen Stagnation zu führen. Und in Fragen wie der Notwendigkeit höherer Flexibilität der Budgetpolitik oder des Abbaus der Leistungsbilanzungleichgewichte zeigt sich, wie viel mehr Renzi von wirtschaftlichen Zusammenhängen versteht als die EU-Bürokratie und -Politik.

Die österreichische Regierung sollte deshalb dringend die italienischen Vorstöße unterstützen, wenn schon nicht aufgrund gesamteuropäischer Verantwortung, dann zumindest im eigenen Interesse: Italien ist Österreichs zweitwichtigster Handelspartner. In den letzten vier Jahren sind die heimischen Warenausfuhren nach Italien bereits um mehr als ein Zehntel geschrumpft. 

MARKUS MARTERBAUER

leitet die Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien
und bloggt auf blog.arbeit-wirtschaft.at/

